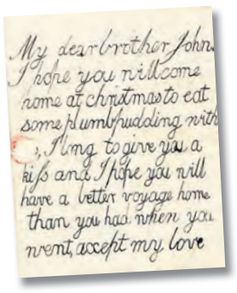


BREXIT
Plädoyer für Europa
EINE DEUTSCH-ENGLISCHE FAMILIENGESCHICHTE
SEITE 5

BRIGITTE ZYPRIES
Bilanz
SPD, VOLKSWIRTSCHAFT UND GESELLSCHAFT
SEITE 6

INVESTITIONEN
Landflucht
ANREIZE FÜR MITTELSTAND SCHAFFEN
SEITE 7

MUSIK
Sveta Kundish
VOM SCHTETL AUF DIE GROSSE BÜHNE
SEITE 8

JEWISH VOICE FROM GERMANY

קול יהודי מגרמניה

DEUTSCHE AUSGABE
In Zusammenarbeit mit der WELT

Oktober 2017

DEBATTE

Das Paradies fällt aus

Von Michael Rutz

Man dürfe, so heißt es, in Wahlkämpfen nicht jedes Wort der Politiker auf die Goldwaage legen. Denn längst hätten wir uns doch daran gewöhnt, dass jeder Interessensgruppe die Erfüllung ihrer Träume in Aussicht gestellt wird: Den Rentnern höhere Altersbezüge bei kürzerer Lebensarbeitszeit, den Arbeitslosen und sonstwie Inaktiven höhere Sozialleistungen, den Familien „bezahlbarer Wohnraum“, den Pendlern bessere Straßen, mehr Busse und Bahnen, und allen zusammen „mehr Gerechtigkeit“, weniger Bürokratie, weniger Sozialmissbrauch, mehr Polizisten und Lehrer – die Liste ist unendlich, an deren Spitze immer das Wahlversprechen in Goldwährung steht: weniger Steuern.

Die schwäbische Hausfrau merkt sofort, dass all das nicht zusammengeht. Der Normalwähler braucht länger. Er wacht dann auf, wenn die jeweilige Koalition nach dem Wahltag seufzend einräumt: Nun müsse man erst einmal Kassensturz machen und sehen, welche Wahlversprechen sich tatsächlich einlösen lassen. Hinzu kommt, dass man sich auf das schlechte Gedächtnis der Wähler verlassen kann, die Wahlplakate sind ja rasch abgeräumt, und das Geschwätz von gestern wurde leider überholt von aktuellen Entwicklungen, die die harten Tatsachen in neues Licht rücken. Das Paradies muss deshalb leider ausfallen.

Bedrückend ist allerdings die Beobachtung, dass sich die Bürger des Landes allzu gerne zu Empfängern staatlicher Leistungen machen lassen. Der Gedanke liegt ihnen fern, dass sie sich damit auch in Abhängigkeit begeben von einem allumsorgenden Staat; dass die Notwendigkeit zur Eigeninitiative abnimmt; dass Freiheit ohne Selbstverantwortung und mit Vollkasko-Mentalität ihren Namen nicht mehr verdient.

Ungerührt schauen diejenigen, die ohnehin schon kaum Steuern zahlen, dabei zu, wenn andere dafür immer stärker belastet werden – bis ihnen die Motivation ausgeht. Heute tragen die oberen 50 Prozent der Einkommenshierarchie bereits zu 95 Prozent zum Aufkommen aus der Einkommensteuer bei – 1992 waren das noch 88,2 Prozent. Das zeigt, dass auch die vermittelte Vorstellung, die „Besserverdienenden“ kämen hierzulande zu gut weg, nichts als Demagogie ist. Aber auch das schreckt niemanden – Demagogie ist nicht nur anderswo, sondern auch bei uns längst Mittel zum Zweck des Wahlerfolgs geworden – nicht nur bei der AfD. ■

INTERVIEW

Anton Hofreiter
Klima: Handeln statt reden
SEITE 3

WIEDERGUTMACHUNG

Claims Conference
Gerechtigkeit für NS-Opfer
SEITE 4

SUKKOT סוכות

Die Zitrusfrucht Etrog, der Wedel einer Dattelpalme Lulaw sowie Myrten- und Weidenzweige bilden den Feststrauß zu Sukkot. Das Laubhüttenfest symbolisiert seit jeher die Einheit des jüdischen Volkes. Dieses Gebot gilt heute so wie einst. Man feiert es mit Freude.

VII

Sieben ist eine jüdische Glückszahl. Die Menorah, der jüdische Leuchter, hat sieben Arme, die Woche sieben Tage. Die nächste Ausgabe der *Jewish Voice* wird im 7. Jahr ihres Bestehens erscheinen. Dafür danke ich Ihnen als treue Leser. Ihr Interesse an deutsch-jüdischen Belangen hat es uns ermöglicht, unsere englische Auflage von ursprünglich 30 000 Exemplaren annähernd zu verdoppeln. Hinzu kommt in Zusammenarbeit mit dem Axel-Springer-Verlag diese deutschsprachige Ausgabe, die der Zeitung DIE WELT beiliegt. Die Zahlen belegen die Erfolgsgeschichte unserer Zeitung.

Mehr als 200 000 Druckexemplare pro Quartalsausgabe weisen auf eine ermutigende Tendenz hin: Das Interesse am deutsch-jüdischen Miteinander ist ungebrochen, ja es nimmt ständig zu. Um dieses Engagement am Leben zu erhalten, genügt es aber nicht, fortwährend die Zunahme des Antisemitismus zu beklagen und an den Holocaust zu erinnern. Das Gedenken an den Völkermord muss wach gehalten werden. Akuter aber ist es, dafür zu sorgen, dass die Überlebenden heute unter menschenwürdigen Umständen existieren. Diese vitale Aufgabe hat sich die Claims Conference gesetzt. Ihr Vertreter in Deutschland, Rüdiger Mahlo, berichtet in dieser Ausgabe.

Die entscheidende Aufgabe dieser Zeitung ist die permanente Förderung der deutsch-jüdischen Beziehungen. Es geht um gesellschaftliche, kulturelle und politische Anliegen. Dies zu tun und selbst Impulse zu setzen, ist das Ziel der *Jewish Voice*. Das wird von unseren Lesern und Kunden in Deutschland und global gewürdigt.

Diese Aufgabe ist nur möglich durch eine engagierte Redaktion und zahlreiche hervorragende Mitarbeiter, vor allem Journalisten. Ihnen möchte ich an dieser Stelle danken. Stellvertretend seien hier einige genannt: Michael Rutz, Heribert Prantl, Roland Tichy, Kajo Wasserhövel, Peter Huth, Ulrich Reitz. In dieser Ausgabe hat der ehemalige Präsident des Deutschen Städtetages und Münchens langjähriger OB Christian Ude einen profunden Erfahrungsbericht verfasst, der sich nicht mit einer Analyse begnügt, sondern machbare Ratschläge für die Zukunft erteilt. Zu unseren Interviewpartnern zählen u.a. Angela Merkel, Frank-Walter Steinmeier, Sigmar Gabriel, Brigitte Zypries, Anton Hofreiter, Meir Shalev...

Unsere Zeitung finanziert sich über Inserate der Wirtschaft und Institutionen wie das Auswärtige Amt. Unsere Kunden sind uns über die Jahre treu geblieben. Globale Unternehmen wie Allianz, BASF, Coca-Cola, Deutsche Post, Deutsche Bahn, Mercedes und andere. Die Konzerne tun dies, um Entscheidungsträger und Multiplikatoren in aller Welt zu erreichen, aber auch um das deutsch-jüdische Verhältnis zu fördern.

Der Erfolg der *Jewish Voice* weckt das Interesse von Nachahmern. Gut so. Konkurrenz belebt das Geschäft. Doch es sollte ein faires Geschäft bleiben und nicht mit öffentlichen Geldern geführt werden. Das widerspräche dem Prinzip der freien Presse. Wir wollen auch in Zukunft offen berichten und Sie, unsere Leser, weiterhin interessieren.

Der Herausgeber

UNSERE JAHRHUNDERTGESCHICHTE

Hannah & Hannah

Von Rafael Seligmann

Hannah ist der Name meiner ersten Enkelin. Sie wurde in Tel Aviv geboren. Hannah ist nach meiner Mutter benannt. Diese kam 1905 in Galizien im Osten der Österreichisch-Ungarischen Monarchie zur Welt. Ihr Leben spannte sich bis 1990 – also über den größten Teil des 20. Jahrhunderts. Mit seinen Tragödien und seinen Errungenschaften. An beidem hatte meine Mutter Teil.

Als Hannah neun Jahre alt war, begann in Europa der Erste Weltkrieg. Eine russische Granate traf das Haus von Hannahs Familie. Nur sie und ihre Mutter Malka überlebten.

Bei Kriegsende zog Hannah mit Malka nach Berlin. Sie arbeitete als Näherin und versorgte ihre kranke Mutter bis zu deren Tod 1924. Fortan lebte Hannah bei ihrer Schwester Sima und deren Familie. Neben ihrer Arbeit musste sie als Hausmädchen bei der Verwandtschaft aushelfen. Den kurzen „Golden Twenties“ folgte die Weltwirtschaftskrise. Hannah verlor mehrmals ihren Job und musste sich neue Stellen suchen. Millionen wandten sich den Nazis zu. In Berlin hetzte Gauleiter Joseph Goebbels die Menschen gegen die Juden auf. Als Hitler 1933 zum Reichskanzler ernannt wurde und die Nazis an die Macht kamen, floh Hannah nach Palästina. Die britische Mandatsregierung verweigerte ihr die Einwanderung. Hannah war illegal im Land. Erst als sie 1941 meinen Vater Ludwig heiratete, konnte sie unbehelligt in Tel Aviv leben.

Nach Kriegsende 1945 erfuhr Hannah, dass fast ihre gesamte Familie in Europa von den Nazis ermordet worden war. Zwei Jahre später wurde Hannah im Alter von 42 Jahren meine Mutter. 1948 entstand Israel im Krieg. Die folgende wirtschaftliche Not zwang meine Eltern 1957 zur Rückkehr in ihre deutsche Heimat. In München fand Vater endlich berufliche Anerkennung. Erstmals seit Jahren lebten er und Mutter ohne Existenznöte.

Meine Tochter Yael wanderte nach Israel aus. Sie leistete ihren Armeedienst, studierte Informatik, heiratete einen Zabar, einen in Israel geborenen Mann, und arbeitet in einem Startup. Hannah ist Yaels zweites Kind. Israel lebt in einem permanenten Existenzkampf. Kriege, Terror. Dennoch wachsen im Lande Generationen selbstbewusster Juden auf. Die Zabarim kennen nicht die ständige Anfeindung durch die Antisemiten und das Betteln der Diasporajuden um Anerkennung. Israel hat Hervorragendes geleistet. Es wird am Ende auch Frieden mit seinen Nachbarn schließen. Ich wünsche mir, dass Hannah, anders als ihre Urgroßmutter, in Frieden und Sicherheit leben wird. ■

Populisten versus Demokraten

Von Benjamin Ludwig

Ein Gespenst geht um in der Welt. Sein Name ist Populismus. Er bedrohe die Demokratie, heißt es. Diese Feststellung ist weitgehend richtig. Doch ehe man auf die Beziehung zwischen Populismus und Demokratie eingeht, ist es angebracht, den unscharfen Terminus Populismus zu bestimmen.

Populismus leitet sich ab vom Lateinischen *populus*, Volk. Doch unterschiedliche Politiker und Parteien werden heutzutage als populistisch bezeichnet. Beispielsweise Donald Trump, Recep Tayyip Erdogan, Marine Le Pen, Viktor Orbán, Jaroslav Kaczynski, Wladimir Putin, Geert Wilders, Beppe Grillo, Rodrigo Duterte, Alexander Gauland etc. Um das gegenwärtige politische Geschehen zu verstehen, müssen wir uns auf eine Minimaldefinition von „Populismus“ verständigen.

Demokratie in Bewegung: Marsch auf Washington, 1963

Bei globaler Beobachtung des politischen Betriebes fallen Gemeinsamkeiten auf. Etwa die Strategie, Ängste der Bevölkerung aufzunehmen und da, wo diese Befürchtungen fehlen oder kaum entwickelt sind, diese neu zu säen oder gar zu vertiefen. Populismus gibt sich als authentische Vertretung der Mehrheitsinteressen. Die Anliegen der Minderheit werden negiert oder gar als Bedrohung der Majorität angeprangert. Die Populisten maßen sich die Deutungshoheit über das vermeintliche nationale, religiöse, ökonomische, gesellschaftliche Interesse der Mehrheit an. Sie bestimmen den „Feind“ und sie sagen, wie man ihn am wirksamsten bekämpft. Das geht soweit, dass etwa der philippinische Präsident Duterte die Polizei und bewaffnete Verbände dazu anstachelt, „Dealer“ umzubringen. Diese Morde werden als notwendige und gute Aktionen im Interesse des Volkes hervorgehoben.

Wir lehren Euch den Übermenschen

Friedrich Nietzsche

Benito Mussolini

Diese Transformation von Niedertracht und Kriminalität zur guten Tat ist eine Erfindung des frühen Faschismus. Benito Mussolini war ein Fan des deutschen Philosophen Friedrich Nietzsche, der es liebte, mit „dem Hammer zu philosophieren“. Nietzsche strebte den „Übermenschen“ an. Für ihn war dies jedoch kein rassistisches oder biologisches Merkmal, sondern die Aufforderung zur intellektuellen Redlichkeit und zum sittlichen Streben. Diese idealistische Philosophie pervertierten Mussolini und seine Adepten zur Konfektionsideologie des Faschismus nach dem Motto: „Folge deinem Duce bedingungslos bei allen Grausamkeiten. So wirst du zum Übermenschen und dienst der Gemeinschaft.“ Hitler und die Nationalsozialisten nahmen das faschistische Rezept auf und reicherten es biologistisch an. So mogelten sie sich zum „Herrenmenschen“ durch.

Trump, Orbán, Gauland sind keine Nazis. Doch die Methode, das von ihnen selbst kreierte Mehrheitsinteresse auf Kosten von Minderheiten und seine rücksichtslose Durchsetzung als etwas Wertvolles im Dienste der Gesellschaft, des Volkes und der Nation erscheinen zu lassen, bedient sich der faschistischen Manipulationstaktik. Das verstehen die Neofaschisten. Aus diesem Grund unterstützten und bejubelten in den USA die Altright-Anhänger die Wahl Trumps zum Präsidenten und seine eindeutig zweideutigen Äußerungen zu den Protesten der Rechtsextremisten in Charlottesville.

In Deutschland wiederum zeigt die kurze Geschichte der AfD, wie schnell eine populistische Partei immer weiter nach Rechtsaußen driften kann. Bei der Gründung 2013 beschränkte sich die „Alternative für Deutschland“ vorwiegend auf eine Kritik der Finanzpolitik der Bundesregierung. Finanzpolitik und volkswirtschaftliche Details sind in einem prosperierenden Land mit nahezu Vollbeschäftigung keine Themen, um Emotionen zu entfachen. Gefühle lassen sich vielmehr mit nationalistischen Parolen und der vermeintlichen Bedrohung durch ausländische Zuwanderer mobilisieren.

Die AfD stilisierte sich zur Vertreterin der Belange der deutschen Bevölkerung. Ihr neues Führungsduo gibt den Radikalen und Ängstlichen, wonach sie verlangen. Parteichef Gauland forderte dazu auf, die deutsche Politikerin türkischer Herkunft Aydan Özoguz in Anatolien zu „entsorgen“. Rechtsextreme und Neo-Nazis bejubelten die Entmenschlichung einer demokratischen Politikerin. Es ist das entsprechende Muster zu den USA, Ungarn oder der Türkei.

Viktor Orbán

Das Beispiel der Vereinigten Staaten zeigt jedoch, dass die Institutionen einer vitalen Demokratie dem Populismus Einhalt gebieten können. Donald Trump scheiterte mit seinen Initiativen zur Begrenzung der Zuwanderung aus islamischen Staaten ebenso wie mit der Demontage der allgemeinen Krankenversicherung, Obamacare. Die demokratische Kultur rahmt Donald Trump ein, sie setzt seinem Populismus Grenzen und beschränkt ihn auf Parolen. Auch in Deutschland beweisen die demokratischen Parteien und Institutionen sowie die Nachkriegskultur ihre Wirkkraft. Bei den Bundestagswahlen entschied sich die überwältigende Mehrheit der Bürger für Freiheit, Menschenwürde und Demokratie. Populistische Parolen haben bei den meisten keine reale Chance. ■

Yad Vashem Photo Archive, Jerusalem. 1495/9, JVG, Rutz (Privat), Christian Lawrence (Privat), JVG, c0 Public Domain www.pxhere.com, Manuel Miethe, Center for Jewish History, NYC / Wikimedia / Public Domain, Gustav Adolf Schulze PublicDomain, Public Domain, European People's Party / Wikimedia / Attribution 2.0 Generic (CC BY 2.0) / https://creativecommons.org/licenses/by/2.0/deed.en, JVG (2), Glabrand / Wikimedia / (CC BY-SA 3.0 / https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/deed.en

URSACHEN DES VERSAGENS

Macht endlich Politik!

Von Christian Ude

Nach Monaten der Politikmüdigkeit war es auch höchste Zeit: am 24. September hat der Wähler gesprochen. Doch wir erleben die Aktivisten unter der Reichstagskuppel: ratlos! Was hat er denn gesagt? Ab nach rechts? Oder im Gegenteil endlich nach links? Oder beides gleichzeitig, was man neuerdings „Jamaica" nennt? Verteufelte Unübersichtlichkeit.

Womit anfangen? Die meisten Analysen beginnen mit dem Einzug der Rechtsradikalen ins Reichstagsgebäude. Ich behaupte: Nicht nur aus Sorge um die Demokratie, sondern weil sich hier so gut zwischen Gut und Böse unterscheiden lässt, man wieder auf der Seite der Guten steht und sich wieder auf den festen Boden von Gewissheiten stützen kann und nicht über strapaziöse Zukunftsfragen nachdenken muss. Deshalb plädiere ich dafür, die politischen Kräfte der Größe nach unter die Lupe zu nehmen. Zuerst also die Kanzlerin.

Angela Merkel, die ohne Frage in einer aus den Fugen geratenden Welt zu den vernünftigsten und vertrauenswürdigsten Regierungschefs zählt, hat es sich zu einfach gemacht mit ihrem jahrelang verkündeten Anspruch auf Alternativlosigkeit und ihrer früher erfolgreichen Strategie der „asymmetrischen Demobilisierung": wenn Politik alternativlos ist, kann ohnehin nichts anders gemacht werden – dann werden nicht nur Alternativen, sondern auch Anhänger überflüssig. Und wenn man systematisch eigene Überzeugungen abwirft und gegnerische Projekte detailgenau abschreibt (von der Energiewende bis zur Ehe für alle), schlafen nicht nur den Wählern der Mitbewerber, sondern auch dem eigenen Anhang die Füße ein. Am Wahlabend sagte Angela Merkel nach dem Verlust von Millionen Unionswählern, sie wisse nicht, was man anders machen könne. Das war Hochmut nach dem Fall. Es gibt nämlich auch in der Politik nichts, was man nicht besser machen könnte. Das sollte man nach dem schlechtesten Ergebnis seit 1949 nicht in Frage stellen, wenn man nicht künftig als Verkörperung der Arroganz der Macht gelten will.

Stinging Eyes / Flickr / 2186995761_6288141b02_o / Attribution-ShareAlike 2.0 Generic (CC BY-SA 2.0) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/2.0/

> Nachholbedarf für Parteien, Medien, das Bildungswesen, die gesamte Gesellschaft

Am Rockzipfel ins Ziel

Und was ist mit Muttis Schwesterpartei? Da spielt sich alles auf höherem Stimmenniveau ab, ist aber nicht minder desaströs. Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer, dessen bayerische Behörden, Landkreise und Gemeinden die beachtlichen Aufgaben des Flüchtlingsandrangs von 2015 übrigens vorzüglich bewältigt haben, konnte der Versuchung nicht widerstehen, gleichzeitig den schärfsten Kritiker der Kanzlerin zu geben und sich gleichwohl an ihren Rockzipfeln hängend ins Ziel schleppen zu lassen. Unvergessen der Parteitag, an dem er qualvoll lange die eigene Regierungschefin in die Bühnenecke stellte und abwatschte wie eine Schulgöre, beispiellos das Urteil, Merkels Politik habe eine „Herrschaft des Unrechts" eingeführt. Da war dem Wahlvolk nicht mehr zu vermitteln, warum das abgestrafte „Rotzdeandl" kurze Zeit später die Größte unter den Staatenlenkern und die weitere Mitwirkung der CSU im „Unrechtsregime" unentbehrlich sein soll.

Nicht nur mit dem Vorwurf „Herrschaft des Unrechts", auch mit dem Versprechen einer „Obergrenze" versuchte die CSU, der im Funktionärskörper zweifellos rechtsradikalen AfD das Wasser abzugraben. Seehofer steht jetzt aber nicht auf dem Sockel des Denkmals „In Bayern gibt es keine demokratisch legitimierte Partei rechts von der CSU", sondern auf einem Scherbenhaufen. Und die Qualen werden noch größer, wenn man Kurs auf Jamaica nimmt: Im Bierzelt kann man locker erzählen, dass ein Grundrecht limitiert werden kann, bei den flüchtlingsfreundlichen Grünen und den rechtsstaatlich stringenten Liberalen und vor allem vor dem Bundesverfassungsgericht wird dies nicht gelingen. Die Legislaturperiode dürfte für die CSU mit dem gebrochenen Wort beginnen, ohne Obergrenze werde sie sich nicht an der Regierung beteiligen. Wenn hingegen die Grünen einlenken, etwa mit der Ausrede, sie wollten das Hirngespinst in Karlsruhe scheitern lassen, wird man sie schnell vergessen können, auch wenn sie in manchen Großstadtrevieren an die zweite oder sogar erste Stelle gerückt sind.

Die Partei aber, die es am Wahltag am schlimmsten, härtesten und nachhaltigsten getroffen hat, ist die Sozialdemokratie. Die Hoffnung im Frühling, sie sei mit dem Schulz-Zug unter Volldampf auf dem Weg ins Kanzleramt, erwies sich als kollektiver Realitätsverlust, dem nach der Wahl seltsam fröhliche Zusammenkünfte folgten, auf denen der Verlust der Mitregierungsverantwortung gefeiert wurde wie andernorts nur Stimmenzuwächse: Hurra, wir haben es geschafft, dass wir endlich in die Opposition dürfen! Tatsächlich hat die SPD als einzige Partei sämtliche tatsächlichen Wahlziele erreicht: 1. Schluss mit der Großen Koalition! Da haben wir zwar viel erreicht, wollen es aber selber nicht wahrhaben. 2. Kein rot-rot-grün! Da würde weder Familie Lafontaine mitmachen noch unser Seeheimer Kreis. 3. Kein rot-grün! Unter Schröder fing doch unser Unglück an! 4. Keine Kompromisse mit der FDP. Da könnten wir ja gleich mit dem Teufel paktieren. 5. Unser Ziel heißt Regeneration in der Opposition. Von unseren bayerischen Genossen wissen wir nach 60 Jahren Regeneration: Dieses Ziel hat Zukunft, steht für Realismus und Nachhaltigkeit. Der Kampfgeist, so zu verfahren, ist voll auf die Wählerschaft übergesprungen.

War das Thema Gerechtigkeit etwa falsch? Natürlich nicht, alle einstigen Erfolge der SPD haben mit diesem Markenkern zu tun, zu dem freilich weitere Kompetenzen hinzukommen müssen, um über die schrumpfende Stammwählerschaft hinaus Anziehungskraft zu entwickeln. Der fundamental gescheiterte SPD-Wahlkampf hat aber gezeigt: man kann nicht 15 der letzten 20 Jahre Regierungspartei sein und dann glauben, dass man von einer düsteren Anklage der sozialen Missstände im Lande auch noch profitieren werde! Eine Partei der Aufklärung muss auch bei der Meinungsbildung über ihre frühere Arbeit auf Aufklärung setzen und nicht auf ein Wechselbad der Gefühle. Zur Glaubwürdigkeit einer Partei gehört auch, dass sie zu ihrer eigenen Geschichte steht und sich nicht im Wahlkampf plötzlich als ein ganz anderer präsentiert.

Demolierung der politischen Kultur

Und jetzt, am Ende, die AfD, weil sie auch das Letzte ist: eine Partei mit vielen rechtsradikalen Funktionären, völkischen Stimmen, Nazi-Ideologen, Hass-Predigern, Fake News-Praktiken, die außer Minderheiten-Hetze buchstäblich nichts zu bieten hat, kein Konzept, was sie mit wem durchsetzen möchte, keine einzige Lösung in einer problembeladenen Zeit, nur Verpestung des politischen Klimas und Demolierung der politischen Kultur, organisierte Verwahrlosung der politischen Sitten, Beseitigung des Respekts vor Menschen anderer Herkunft und anderer Meinung. Ja, sie ist ein Albtraum. Aber wie beim Vormarsch der Rechten in Frankreich, in Polen und Ungarn, in Österreich, beim BREXIT und unter Trump gilt auch hier: Erst mussten Linke und Liberale das Vakuum schaffen, in das die Rechten dann nachstoßen konnten. Die Themen sind unterschiedlich, meist aber eine Mischung von neuen kulturellen Herausforderungen und alten ungelösten sozialen Fragen, die Abläufe ähnlich. In Deutschland spielte die Flüchtlingspolitik fraglos eine herausragende Rolle. Ich bleibe dabei: jede Flüchtlingspolitik muss das Asylrecht, das Völkerrecht mit der Genfer Flüchtlingskonvention, die Rechtsprechung über Abschiebungshindernisse und praktische Vollzugshindernisse respektieren und erläutern, aber es war falsch, jeden Diskurs über ein europäisches Vorgehen, über Integrationsgrenzen und Sicherheitsprobleme zu unterlassen, ja oft zu unterbinden oder mit moralisierenden Tabus zu brandmarken und so dieses Themengebiet den Rechtsradikalen weitgehend zu überlassen. Noch schädlicher war es, durch die Verweigerung jeder kontroversen Debatte der AfD die Widerlegung ihrer abstrusen Ansichten zu ersparen und ihr stattdessen eine Märtyrerrolle zuzugestehen. Hier besteht ein riesiger Nachholbedarf nicht nur für die Parteien, sondern auch für die Medien, das Bildungswesen, die gesamte Gesellschaft. Die von 87 Prozent der Bevölkerung gestützte Demokratie wurde am 24. September nicht abgeschafft. Aber diese Höchststrafe wurde vielleicht nur zur Bewährung ausgesetzt! ■

Der Autor war 21 Jahre lang Münchens Oberbürgermeister, wurde drei Mal zum Präsidenten des Deutschen Städtetags gewählt. Ude veröffentlichte im Juli den Bestseller Die Alternative oder: Macht endlich Politik! *Knaus Verlag, 240 Seiten, € 16,99*

Das etwas andere Deutschland

Ampelkoalition als Chance – mit neuen Spielregeln

Von Ulrich Reitz

Die erste gute Nachricht vorneweg: Deutschland bleibt Deutschland, seine Leitkultur aus Pflichtbewusstsein, Wohlstandsfixierung und Verantwortungsgefühl hat sich auch mit dem 24. September nicht verändert. Im Gegenteil: für die patriotische Profilschärfung der neuen Regierung wie der Opposition dürfte der Einzug einer „gärigen Truppe", wie der AfD-Spitzenkandidat Alexander Gauland seine laute, unangenehme, unbequeme Partei nennt, nur hilfreich sein. Denn Deutschland litt in den vergangenen Jahren an einer ausgeprägten, selbst gewählten Diskursarmut. Dieser kommunikationsaverse Zustand gerät nun an sein Ende.

Die zweite gute Nachricht: das Spitzenpersonal, das die neue Vier-Parteien-Koalition bereitstellt, erfüllt alle Qualitätsbedingungen an ein Land von Größe und Bedeutung Deutschlands. Angela Merkel ist weltweit so geachtet wie „Made in Germany", Cem Özdemir wird ein verlässlicher, zugleich aber im Kreis seiner europäischen Kollegen eine neue Art von Außenminister sein, Joachim Herrmann von der CSU ist die Art bewährter harter Hund als Innenminister, nach dem die Mehrheit (selbst Grüne haben Angst vor Einbrecherbanden aus dem Balkan oder Nordafrika) sich sehnt. Und dem freien demokratischen Shooting Star Christian Lindner mangelt es nicht an Selbstbewusstsein, in die voluminösen Stiefel des Euro-Zampanos Wolfgang Schäuble von der CDU zu steigen.

> Unser politisches System hat noch stets Alternativen zu den für unersetzlich gehaltenen Amtsträgern hervorgebracht

So weit, so gut. Eines allerdings wird sich mit der historisch neuen Bundesregierung im gewohnten Repertoire des Machtgebrauchs ändern müssen: in allen Nachkriegskoalitionen haben stets alle Partner ein Mandat für alles für sich reklamiert. Sollte das so bleiben (oft sind Routinen hartnäckiger als Notwendigkeiten), wird die neue Regierung ein ineffektiver Streithansel- und Intrigantenstadl. Vier Parteien an der Regierung, das ruft nach intelligentem Macht-Sharing. Die CDU mit der Langzeit-Kanzlerin fürs Präsidiale, die Freien Demokraten mit dem selbstbewussten Lindner als Hüter der Staatsfinanzen beinahe auf Augenhöhe und die Grünen mit einem unvermutet staatstragenden, aber werteorientierten Außenminister als Demokatie-Botschafter. Die Schlüsselrolle liegt bei der CSU als Garantiemacht der Sicherheit nach Innen – die Christsozialen als deutsche Angst-Therapeuten. Der Rest nicht unwichtig, aber am Ende Beiwerk. (Natürlich stellen sich noch Fragen: wäre es nicht besser, die Freien Demokraten setzen aufs Internet anstatt auf die Finanzen? Zwar ist der Finanzchef als einziger Minister mit Vetorecht im Kabinett der Kanzlerin machiavellistisch am nächsten, aber er wurde von Merkel bereits in vorauseilender Koalitionstaktik gegenüber der FDP geopfert und zum Bundestagspräsidenten „befördert".) Jedenfalls müssten die Vier thematische Schwerpunkte vereinbaren, in denen jeweils einer das erste Sagen hätte – damit könnte sich jeder vor seinen Wählern profilieren, und dort, wo dann immer noch Kompromisse unausweichlich blieben, wäre denen aber der Geruch des kompromisslerischen genommen.

Ende der Diskursarmut

Eine neue Regierung aus erfahrenen, aber im Gemeinsamen unerprobten Partnern sollte sich gleich anfangs verständigen, die Diskursarmut, mit der die Große Koalition Deutschland in den vergangenen Jahren gequält hat, an ihr Ende kommen zu lassen. Die Welt ist komplex, eindimensionale Antworten gibt es nicht, konstruktiver Streit ist legitim.

Beispiel Eins: nichts wird den Alltag in den kommenden Jahren derart verändern wie die Digitalisierung aller Lebens- und Arbeitswelten in Kombination mit der künstlichen Intelligenz. Und es gibt noch nicht den Ansatz einer Antwort auf die alles entscheidende Frage: wie wollen wir, wie werden wir leben? Streben wir, weil so viele Arbeitsplätze wohl entfallen werden, ein gleiches Grundeinkommen für alle an, wie es, kein Zufall, von Silicon Valley-Repräsentanten gefordert und in Finnland gerade erprobt wird? Schaffen wir es darüber hinaus, Google und Co. an die Kette zu legen und gleichzeitig eine Beteiligung aller Kunden am von ihnen erwirtschafteten gigantischen Erlös zu etablieren?

Beispiel Zwei: wie kanalisieren wir die Flüchtlingsfragen? Es ist ja schön und auch gut, wenn sich die Jamaikaner am Ende auf ein Einwanderungsgesetz einigen, am besten nach dem Vorbild traditioneller Einwanderungsländer wie Kanada. Aber hat bislang auch nur ein Vertreter dieser Idee deren Kern verlautbart: dass nämlich Einwanderungspolitik einem knallharten nationalen Interessenkalkül folgt? Herein darf nämlich dann nur, wer den klar definierten wirtschaftlichen wie kulturell-lebensweltlichen Anforderungen genügt. Ein Einwanderungsgesetz ist kein Akt der Barmherzigkeit, sondern Ausdruck von nationalem Eigeninteresse. Und dann: wie verhält sich ein Einwanderungs- zum Asylrecht? Ohne eine Reduzierung der Einwanderung über das Asyl-Anspruchsrecht, das dem deutschen Staat jeden Einfluss auf die Entscheidung nimmt, wen er hereinlassen mag, wird ein neues Einwanderungsrecht nur zu einer Ausweitung der Einwanderung führen. Und damit exakt das Gegenteil von dem erreichen, was die große Mehrheit der Wähler sich gewünscht hat und auch bei künftigen Wahlen wünschen wird. Damit im Zusammenhang steht Beispiel Drei: als problematisch empfinden Deutschlands Einwohner nicht den Zuzug aus, sagen wir, buddhistischen oder christlich-orthodoxen Ländern. Sondern die Einwanderung von Moslems. Der Grund ist der Islam. Vielleicht noch wichtiger: die fehlende Auseinandersetzung damit. Im Interesse eines liberalen, weltoffenen Landes liegt die Selbstverständlichkeit eines liberalen, weltoffenen Glaubens bei seinen Zuwanderern. Zwischen des Propheten Mohammeds Mekka- und Medina-Islam mäandern die Glaubenssätze zwischen Frieden und Krieg, Toleranz und Totalitarismus. Es gibt inzwischen eine ganze Reihe mutiger, liberaler, westlich orientierter Moslems. Weshalb lässt die Politik sie so allein im Kampf gegen die illiberale, auslandsfinanzierte und auslandsgesteuerte Orthodoxie? Hier könnten Liberale und Grüne am selben Strang in dieselbe Richtung ziehen und Jamaika gewänne eine echte leitkulturelle Zukunftsdimension.

Beispiel Vier: die deutsche Sonntagspredigt trägt die Überschrift: Bildung, Bildung, Bildung. Die Zielgruppe für den Slogan sind die Jungen. Dieser Umstand kontrastiert auffällig mit der dem tatsächlichen, außerordentlich finanzwirksamen Schwerpunkt der Renten-Realpolitik: die wird für die Alten gemacht. Eine neue Konstellation hätte die Chance, den zukunftsweisenden Paradigmenwechsel zu erklären.

Ein Postskriptum: Angela Merkel ist nicht so alternativlos, wie geschrieben und gesagt wird. Unser politisches System ist auch deshalb stark, weil es noch stets Alternativen zu den für unersetzlich gehaltenen Amtsträgern hervorgebracht hat. Zu diesem Thema fällt nicht nur der CSU einiges ein. Auch die CDU müsste sich nicht verstecken. Sie hätte mit Annegret Kramp-Karrenbauer und Jens Spahn gleich eine linke und eine rechte Alternative zu Merkel im Repertoire.

Es ist der pure Luxus, oder? ■

NORDKOREA UND IRAN

Atomare Erpressung

Von Elisabeth Neu

Nordkoreas Bestreben, eine „unbesiegbare Atommacht" zu sein, erzeugt Furcht und Schrecken. Zuletzt teste Pjöngjang Raketen und eine Wasserstoffbombe. Dass eine Rakete Nordkoreas Japan überflog, ehe sie ins Meer stürzte, alarmierte das Kaiserreich. Ministerpräsident Abe verkündete, sein Land werde die Bedrohung durch Pjöngjang nicht dulden. Der UN-Sicherheitsrat verurteilte einstimmig die Raketentests Nordkoreas und verhängte harte Sanktionen gegen Pjöngjang.

Asitimes

US-Präsident Trump reagierte scharf. Er drohte, Nordkorea mit „Wut, Feuer und Macht" von seinem Ziel, als Nuklearmacht aufzutreten, abzubringen. Russlands Präsident Putin und sein chinesischer Amtskollege Xi Jinping dagegen sprachen sich für diplomatische Maßnahmen aus. Eine ähnliche Politik befürwortet auch die deutsche Bundesregierung. Bundeskanzlerin Merkel nannte als Vorbild das Nuklearabkommen zwischen den fünf ständigen Sicherheitsratsmitgliedern plus Deutschland sowie Iran aus dem Jahre 2015.

Existenzrechte nicht garantiert

In dem Vertrag verpflichtete sich Teheran, einen Teil seiner Zentrifugen zur Urananreicherung stillzulegen und das bereits hochangereicherte Material, das zur Kernwaffenproduktion notwendig ist, an Russland abzugeben. Darüber hinaus sollte internationalen Beobachtern erlaubt werden, Produktionsstätten für potentielle Atomwaffen zu inspizieren – soweit es sich dabei nicht um militärisches Sperrgebiet handelt. Im Gegenzug wurden eingefrorene Gelder Irans in westlichen Staaten wieder frei gegeben. Das Abkommen hat eine Gültigkeitsdauer von zehn Jahren.

Von Anbeginn bestanden Bedenken der Nachbarstaaten gegenüber der Übereinkunft. Sie bestehen aus gutem Grund fort. Die deutlichsten Proteste kommen aus Israel und Saudi-Arabien. Auch die übrigen Golfstaaten haben Einwände. Das iranische Mullah-Regime hat auch unter sogenannten „gemäßigten" Präsidenten unmissverständlich seine Absicht deutlich gemacht, Israel zu zerstören. Auch das sunnitische Königreich Saudi-Arabien wird von Teheran als feindliche Macht behandelt. In dem Kernwaffenabkommen mit Iran wird nicht Bezug auf das Existenzrecht der übrigen Regionalstaaten genommen. Ägypten, Israel, Saudi-Arabien, die Vereinigten Emirate werden nicht erwähnt. Im US-Kongress bestanden auf Seiten der Republikaner, aber auch von einer Reihe von Demokraten, ernste Bedenken. Am Ende erzwang der damalige Präsident Obama die Gefolgschaft seiner Parteifreunde. Das Abkommen wurde ratifiziert. Iran stellte die Produktion von hochangereichertem Uran ein. Die westlichen Staaten hoben die Sanktionen auf und gaben die gesperrten Gelder frei. Doch Iran verstößt weiterhin gegen den Geist der Vereinbarung. Teheran lässt Mittelstreckenraketen entwickeln, die Kernsprengsätze tragen können, und testet diese Waffen. Trotz Protesten der Obama- und der Trump-Administration. Iran verstärkt seine militärische Unterstützung von Terrorgruppen wie der Schiitenmiliz Hizbollah und der Hamas. Teheran greift im syrischen Bürgerkrieg zu Gunsten des Diktators Assad ein. Iran bewaffnet die Untergrundmilizen der Huthis in Jemen, deren Ziel der Sturz der Regierung in Sana und ein Guerillakrieg gegen Saudi-Arabien ist. Dies alles entspringt dem unverschämten Ziel Irans, Israel auszulöschen und seine arabischen Rivalen Ägypten und Saudi-Arabien zu zerstören. Teheran droht, sein Kernwaffenprogramm wieder aufzunehmen. Je mehr Zeit verstreicht und je näher das Ende der Laufzeit des Atomwaffen-Abkommens in Sicht ist, desto stärker werden diese Erpressungsmanöver Irans zunehmen. Nachdem Donald Trump Iran einen Schurkenstaat nannte, startete Teheran demonstrativ einen neuen Raketentest. Berlin protestierte.

Instrument Diplomatie

Der Nukleardeal mit Iran hat der Welt eine atomare Atempause verschafft. Eine Lösung ist jedoch nicht in Sicht. Von einem Muster zur Lösung der Korea-Krise kann deshalb nicht die Rede sein. Doch die atomare Bedrohung durch Nordkorea ist ein Anlass für die internationale Gemeinschaft, Pjöngjang und Teheran unmissverständlich klar zu machen, dass sie sich an den Atomwaffensperrvertrag von 1964 halten müssen. Und dass die Weltmächte sich nicht länger erpressen lassen.

Die wirksamsten Instrumente hierzu sind Diplomatie und wirtschaftlicher Druck. Verzichtet man jetzt auf eine endgültige Beilegung der Bedrohung, so wird diese weiter wirken. Die atomare Erpressung wird weiter gehen oder gar einen Krieg mit unvorstellbaren Folgen auslösen. ■

ANTON HOFREITER

Naturgesetze sind nicht verhandelbar

Der Grünen-Fraktionschef über Umweltpolitik, rote Linien, Judenhass in Deutschland und Existenzgarantie für Israel

Sie sind Biologe, Angela Merkel ist Physikerin. Was bedeutet das für die praktische Politik?

Das Besondere der Biologie ist, dass sie in äußerst komplizierten, vernetzten Systemen denkt, nämlich in Ökosystemen, die eine hohe Komplexität aufweisen. Es stört mich an Frau Merkel, dass sie als Physikerin eigentlich weiß, was mit der Klimakrise auf uns zu kommt, was diese naturwissenschaftlichen Zahlen bedeuten und dass man mit Naturgesetzen keine Kompromissverhandlungen führen kann. Übrigens mag ich den Ausdruck ‚alternativlos' in der Politik überhaupt nicht: In der Politik ist ganz viel mit Alternativen versehen. Man muss die Klimakrise jetzt bekämpfen und nicht nur darüber reden. Frau Merkel redet mit vielen Worten über die Klimakrise, aber sie tut nichts. 2016 war der CO_2-Ausstoß genauso hoch wie 2009. Wir haben in Deutschland keinen Fortschritt im Kampf gegen die Klimakrise gemacht.

Dieselskandal, Klimawandel, Defekte an AKWs – alles grüne Kernkompetenzen – aber auf Bundesebene erzielen die Grünen nicht die Ergebnisse wie Ministerpräsident Kretschmann und Tübingens Oberbürgermeister Palmer auf Lokalebene...

Ein Grund dafür ist, dass in der jetzigen Regierungspolitik ein hohes Maß an Unehrlichkeit steckt. Ich bin in Bayern aufgewachsen, als Franz Josef Strauß Ministerpräsident war. Ein schwieriger Mensch, aber wenn er gesagt hat, ich bin für Atomkraft, dann war er für Atomkraft. Frau Merkel hingegen sagt, ich bin für Klimaschutz, aber sie betreibt keinen Klimaschutz. Uns Grünen ist es bisher nicht deutlich genug gelungen, den Gegensatz zwischen dem, was sie sagt und dem, wie sie handelt, den Bürgerinnen und Bürgern transparent zu machen. Wir müssen den Widerspruch zwischen Grün reden und Grün handeln noch klarer machen.

> Frau Merkel sagt, sie sei für Klimaschutz, sie betreibt aber keinen Klimaschutz

Aber SPD-Umweltministerin Hendricks tut doch sehr viel für die Umwelt...

Tut sie viel dafür oder redet sie viel darüber? Die Ergebnisse sind doch sehr überschaubar. Frau Hendricks war jetzt vier Jahre lang Ministerin und in diesen vier Jahren ist der CO_2-Ausstoß nicht gesunken. Das sind vier verlorene Jahre für den Klimaschutz. Am Ende gilt der alte Spruch: An ihren Taten sollt ihr sie erkennen. Beim größten ökologischen Menschheitsproblem der nächsten Zeit, der Klimakrise, haben wir Rückschritte gemacht.

JVG (3)

Ihr Ziel ist bis 2030 der Ausstieg aus dem Verbrennungsmotor...

Ich bin der festen Überzeugung, dass man der Industrie jetzt klare Vorgaben machen muss, sich bis 2030 in Richtung Nullemissionsfahrzeuge zu orientieren, sonst wird sie die großen Investitionen nicht tätigen und das Ziel nicht schaffen. Am Ende verursacht sie dadurch nicht nur Gesundheits- und Klimaprobleme, sondern stellt sich selbst ins Abseits und riskiert hunderttausende Arbeitsplätze in Deutschland. Tesla, Hyundai, BYD, eine der aufstrebenden chinesischen Autofirmen, wenn auch mit Milliardensubventionen, auch Renault, könnten der deutschen Autoindustrie am Ende den Rang ablaufen, weil in der Industrie noch nie die Zukunft durch Technikfeindlichkeit und Innovationsträgheit gewonnen wurde...

Politik wird über Menschen transportiert – warum ist es nicht möglich, dass Grüne Persönlichkeiten für ihren Standpunkt in der Bundespolitik das gleiche Feedback erringen wie ein Bürgermeister in Tübingen...

Sie können einen Bürgermeisterposten nicht mit Bundespolitik vergleichen...

... oder ein Ministerpräsident ... oder ehedem Joschka Fischer...

... auch Joschka Fischer hat nie mehr als 8 Prozent erzielt...

„Ran an die Macht!" haben Sie gesagt... Wenn Sie an der Macht sind, was wollen Sie verändern?

Zunächst im Bereich der Ökologie: Ausstieg aus den 20 schmutzigsten Kohlekraftwerken sofort. Dann die Kohleverstromung in Absprache mit den Beschäftigten, so dass keine betriebsbedingten Kündigungen entstehen, bis 2030 beenden. Zudem müssen wir die vielen Deckel für den Ausbau der erneuerbaren Energien beseitigen. Die Sonnensteuer muss in all ihren Varianten weg: Wenn Sie mit einer Photovoltaik-Anlage auf dem eigenen Dach Strom produzieren und diesen Strom selber nutzen, müssen Sie darauf heute bestimmte Abgaben bezahlen. Das ist, als ob Sie einen Apfel in Ihrem eigenen Garten pflücken und essen, und dafür Abgaben bezahlen müssten. Das bremst den Ausbau der erneuerbaren Energien ganz massiv. Diese Abgaben dienen nur dazu, den Großkonzernen zu nutzen und dem Mittelstand zu schaden. Im Bereich der Mobilität: Raus aus dem Verbrennungsmotor, rein in die nachhaltige Mobilität, eine stärkere Vernetzung. Bei der E-Mobilität gibt es drei Megatrends: Digitalisierung, Elektrifizierung und Automatisierung. Dies muss von Deutschland aus mitgestaltet werden, um die Lebensqualität in den Städten anzuheben, zweitens die Erreichbarkeit im ländlichen Raum zu halten und drittens, um Gesundheits- und Klimaschutz zu erreichen. Dazu wollen wir in der Landwirtschaft vieles ändern: Heute müssen Tausende von Landwirten aufgeben, das Grundwasser wird verschmutzt und die Tiere werden nicht anständig behandelt – das wollen wir verändern.

... anständig behandeln ... und am Ende die Tiere aufessen...

Es macht einen großen Unterschied, wie wir davor mit ihnen umgehen. Tiere empfinden Schmerzen. Wenn Sie einmal in einem Stall waren mit ein paar tausend Schweinen auf Vollspaltenböden - das ist nicht schön, vorsichtig ausgedrückt ... und die Transporte sind grauenhaft...

Was wollen Sie sonst noch verändern?

Auf europäischer Ebene wollen wir erreichen, dass die EU solidarisch zusammenhält. Wir wollen, dass das Angebot des französischen Präsidenten Macron angenommen wird. Das Angebot an die EU, an Deutschland, dass wir in Zukunft Dinge gemeinsam gestalten. Macron darf nicht scheitern, sonst besteht die Gefahr, dass Le Pen (Front National) ihm nachfolgt. Wir streben eine anständige Sozialpolitik an, d.h. bei der Krankenkasse wollen wir die Parität wieder einführen. Im Moment wird der medizinische Fortschritt allein von den Arbeitnehmern bezahlt, weil der Arbeitgeberbetrag gedeckelt ist. Des Weiteren wollen wir auf dem Wohnungsmarkt Dinge verändern, weil die steigenden Mieten ein Riesenproblem gerade in den Städten sind: Wir wollen die Wohnungsgemeinnützigkeit wieder einführen. Sie wurde im Zuge des Skandals um die Neue Heimat abgeschafft, was zur Folge hatte, dass geförderte Wohnungen aus der Sozialbindung gefallen sind. Seitdem haben wir hunderttausende von Sozialwohnungen verloren. Und wir wollen mehr Geld ausgeben für den sozialen Wohnungsbau.

Die deutsch-russischen Beziehungen sind belastet. Das deutsch-amerikanische Verhältnis ist gestört, die Beziehungen zur Türkei sind schlecht, die mit einer Reihe von osteuropäischer Staaten nicht viel besser ... Isoliert sich Deutschland außenpolitisch?

Die genannten Länder haben das Problem, dass sie sich von der Demokratie entfernen. Die Türkei mit Riesenschritten, Russland ist hochproblematisch, in Ungarn und Polen haben wir schlimme Rückschritte, was Demokratie anbelangt, und wenn man sich bestimmte Äußerungen von Herrn Trump anschaut, wie er mit Rassisten und Antisemiten paktiert und auf die freien Medien einhaut – nicht gerade ein demokratisches Vorbild. Deshalb halten wir Grünen es für so wichtig, das Kooperationsangebot des französischen Präsidenten proaktiv anzunehmen und mit den demokratischen Staaten Europas enger zusammenzuarbeiten. Wir dürfen Länder wie Italien und Griechenland, auch wenn es eine hohe Eigenverantwortung gibt für die Schwierigkeiten dort, nicht vor den Kopf stoßen. Also: deutlich weniger Schäuble und deutlich mehr Solidarität.

Werden die Grünen bei Koalitionsverhandlungen vor Kompromissen zurückschrecken, wenn diese ihr Selbstverständnis berühren oder will man „Ran an die Macht"...

Natürlich muss man Kompromisse eingehen. Es gibt Punkte, wo man bestimmte Dinge erreichen muss, damit die nicht schief gehen: Klimaschutz gehört dazu, auch eine vernünftige Europapolitik. Ich halte nichts von klassischen roten Linien – wir Grünen haben unsere Politik der zehn Punkte beschlossen. Damit gehen wir in die Sondierungen – es gibt da einfachere Konstellationen und schwierigere.

Kürzlich haben Sie für die CDU-Fraktionsspitze eine Bildungsoffensive gefordert ... sollten wir die Bildungsanstrengungen nicht auf den ganzen Staat, auf die jungen Menschen ausdehnen?

Meine Aussage bezog sich auf die Äußerungen des sogenannten Berliner Kreises innerhalb der CDU, der grundlegende naturwissenschaftliche Tatsachen wie die, dass CO_2 in der Atmosphäre den Planeten wärmer macht, bestritten hat. Wenn in sogenannten bürgerlichen Kreisen die Naturwissenschaften, die Naturgesetze in grundsätzlichen politischen Papieren als verhandelbar dargestellt werden, dann muss man sich schon fragen, welche Bildung die Damen und Herren genossen haben. Prinzipiell ist Bildungspolitik ein entscheidendes Thema. Wir brauchen eine Bildungsoffensive, daher sind wir der Meinung, dass das Kooperationsverbot fallen muss, welches die erste Große Koalition eingeführt hat und welches besagt, dass Bund und Kommunen in Sachen Bildung nicht zusammenarbeiten dürfen. Das führt insbesondere in ärmeren Bundesländern zu massiven Verwerfungen. Nach allem, was ich wahrnehme, gibt es niemanden mehr, der dieses Kooperationsverbot verteidigt. Daher stellt sich die Frage, warum diese Koalition das Verbot nicht abgeschafft hat. Es ist für uns ein ganz wichtiger Punkt, dass wir das abschaffen. Zudem wollen wir ausreichend Geld zur Verfügung stellen, dass alle, die einen Kitaplatz benötigen und wünschen, einen Platz bekommen. Kein Missverständnis: Niemand soll sein Kind in die Kita schicken müssen. Bildungspolitik muss von Anfang an vernünftig sein, daher müssen die Kitas gut ausgestattet sein.

Wird der Staat Israel in der deutschen Öffentlichkeit unverhältnismäßig kritisiert?

Es gibt einerseits sachliche und meines Erachtens berechtigte Kritik an der israelischen Besatzung und dem zunehmend kleiner werdenden Raum in Israel für das Agieren kritischer Nichtregierungsorganisationen. Andererseits haben wir in Deutschland ein überhaupt nicht zu unterschätzendes Antisemitismusproblem. Die Kritik an Israel wird häufig als Einfallstor für Antisemitismus benutzt. Dies kommt gern mit der Figur daher, dass man legitime Kritik an israelischer Politik angeblich nicht üben darf, weil man dann sofort zum Antisemiten erklärt wird. Solche Fälle gibt es zwar, aber so pauschal stimmt das selbstverständlich nicht. Wir beobachten das sehr genau: Wir haben hierzulande den klassischen heimischen Antisemitismus, dazu eine Form von Antisemitismus, den man auch nicht vernachlässigen darf, nämlich den unter anderem von sich linksgebenden Menschen mit der Begründung Solidarität mit Palästina. Und dann haben wir das wachsende Problem des Antisemitismus, der in Gemeinden mit stärkerem Migrationsanteil zu finden ist...

> Man muss entschlossen gegen alle Formen des Antisemitismus vorgehen

In Berliner Schulen werden jüdische Kinder überwiegend von Mitschülern aus islamischen Familien gemobbt, deren Eltern judenfeindlicher Propaganda ausgesetzt waren. Ihre Kinder werden gegen Juden aufgehetzt...

Hier sind die Schulen, die Eltern, wir alle gefragt, klarzumachen, dass antisemitische Vorurteile, Hetze und Übergriffe nicht toleriert werden. Wir müssen deutlich gegen all diese Formen des Antisemitismus vorgehen.

Wurde der Grüne Ulf Dunkel aufgrund seiner antisemitischen Äußerungen aus der Partei ausgeschlossen?

Nein, weil es rechtlich fast unmöglich ist, selbst Menschen, die so etwas sagen, aus der Partei auszuschließen. Wir haben zwar sofort ein Parteiausschlussverfahren initiiert, das aber nicht in Ausschluss mündete. Die SPD ist Herrn Sarrazin ja auch nicht losgeworden.

Es gibt keine Chinakritik, keine Russlandkritik, keine Syrienkritik – doch ständig hört man, Israelkritik sei legitim – sollten Sie als führender Abgeordneter der Grünen nicht darauf hinweisen, dass Israelkritik das Tor öffnet zur Delegitimierung Israels?

Das ist etwas, worauf man sehr achten muss. Bei Israel wird häufig explizit oder implizit das Existenzrecht in Frage gestellt. Das ist bei den USA und Kritik an den USA nicht der Fall. Man sollte generell, beim Beispiel Israel, noch stärker darauf achten, wie man formuliert. Es ist ein großer Unterschied, ob man sagt, ich habe Kritik an Israel oder Kritik an der Politik von Herrn Netanyahu oder der derzeitigen Regierung. Wenn ich mir anschaue, wie Herr Netanyahu in Ungarn agiert hat mit Herrn Orbán, dann habe ich einige Kritik an Herrn Netanyahu. Aber man muss das präzise formulieren.

Kanzlerin Merkel sagte 2008 vor der Knesset, Israels Sicherheit sei deutsche Staatsraison und nicht verhandelbar. Später wurde dennoch verhandelt – das Nuklearabkommen mit Iran ist allein technischer Natur. Nirgends wird das Existenzrecht aller Staaten betont. Der Vertrag ist nur noch acht Jahre gültig. Wie gesagt, kein Wort zum Existenzrechts Israels und anderer Staaten. Wo bleibt die Kritik der Grünen?

Ich glaube nicht, dass bei den Verhandlungen zum iranischen Atomprogramm die Sicherheit Israels nicht im Blick war – im Gegenteil. Wie es ausschaut, ist es gelungen, zu verhindern, dass der Iran Atomwaffen bekommt. Wenn man jetzt die Krise mit Nord-Korea betrachtet, ist das schon ein großer Schritt. Ich glaube auch, dass das für die Staaten in der Region eine große Entspannung war. Der Vertrag ändert zwar nicht automatisch etwas an den systematischen Menschenrechtsverletzungen im Iran und der problematischen Rolle des Iran in der Region, doch angesichts der großen Bedrohung denke ich, dass er ein Schritt in die richtige Richtung war. Auch für das Existenzrecht Israels.

Davon steht nichts im Vertrag ...

Es steht aber im Vertrag, dass der Iran keine Atomwaffen bekommt in den nächsten Jahren, und ich glaube, da gibt es doch zumindest einen indirekten Zusammenhang.

Iran darf trotz des Abkommens weiter Interkontinentalraketen entwickeln – und tut es auch. Diese Raketen können nicht nur Israel bedrohen, sondern auch Teile Europas...

Raketen waren nicht Teil der Verhandlungen. Natürlich löst der Vertrag nicht alle Probleme, unserer Überzeugung nach ist er aber ein Schritt in die richtige Richtung. Selbstverständlich müssen weitere Schritte getan werden, dass die Staaten in der Region – im Idealfall nicht nur in der Region – das Existenzrecht Israels anerkennen...

Es ist eines unserer Anliegen, dass die jüdische Gemeinschaft in Deutschland und der Staat Israel weiterhin nicht nur Lippenbekenntnisse erhält, sondern auch, dass man definitiv für die Menschenwürde der Juden und für die Förderung der jüdischen Gemeinschaft aktiv eintritt...

Das ist für uns selbstverständlich. ■

Anton Hofreiter sprach mit den JVG-Redakteuren Elisabeth Neu und Rafael Seligmann in seinem Abgeordnetenbüro in Berlin

WIEDERGUTMACHUNG

Entschädigung für NS-Unrecht im Spiegel der Weltpolitik

Die Claims Conference kämpft unentwegt für bedürftige Holocaust-Überlebende

Yad Vashem Photo Archive, Jerusalem. 1495/9

Von Rüdiger Mahlo

Die Entschädigung für NS-Unrecht wird inner- und außerhalb Deutschlands heute als herausragende Leistung wahrgenommen. Sie ist seit Jahrzehnten integraler Bestandteil der Aufarbeitung der nationalsozialistischen Verbrechen. Daher überrascht es, dass Holocaust- Überlebende ihre Entschädigung zu sehr unterschiedlichen Zeitpunkten erhalten haben. Bei ähnlich gelagerten Verfolgungsschicksalen sind manche Überlebende bereits Mitte der 1950er Jahre, andere aber erst Jahrzehnte später entschädigt worden. Die graduelle Erweiterung der Entschädigung für NS-Verfolgte war eng mit der bundesdeutschen Außenpolitik verflochten und immer mit den makropolitischen Entwicklungen verbunden. Der Kalte Krieg etwa prägte die Entschädigungspolitik ebenso wie die Ost-West-Annäherung, der Fall des Eisernen Vorhangs oder die deutsche Wiedervereinigung – Entschädigung für NS-Unrecht erscheint als Spielball der großen Politik.

Eine Wiederaufnahme Deutschlands in die Völkergemeinschaft war nach dem Völkermord nur denkbar, indem die Bundesrepublik die Verantwortung für die Verbrechen an den europäischen Juden übernahm. Der Weg für die Wiedergutmachungsregelung wurde von Bundeskanzler Konrad Adenauer gelegt, der 1951 vor dem Bundestag verkündete, dass die im Namen des deutschen Volkes begangenen unsagbaren Verbrechen zu einer moralischen und materiellen Wiedergutmachung verpflichteten.

In Israel wurde der Eintritt in die sogenannten Wiedergutmachungsverhandlungen mit der Bundesrepublik hoch emotional und kontrovers diskutiert. Während der zweitägigen Knesset-Debatte spielten sich tumultartige Szenen ab. Vor dem Parlament kam es zu Massendemonstrationen und Straßenschlachten, deren Lärm bis in den Sitzungssaal drang. Letztlich setzte Premier David Ben-Gurion aber mit seiner parlamentarischen Mehrheit die Aufnahme von Verhandlungen mit Bonn durch.

Die Conference on Jewish Material Claims Against Germany (JCC), die 1951 als Dachverband von 23 internationalen jüdischen Organisationen gegründet worden war, um jüdische Holocaust-Überlebenden bei der Geltendmachung ihrer Entschädigungsansprüche gegenüber Deutschland zu vertreten, setzte sich nachdrücklich für Verhandlungen mit Bonn ein. Hatten diese auf deutscher Seite auch einen Sühnecharakter, so unterstrich die jüdische Seite den formellen und materiellen Aspekt: Über ethisch-moralische Grundsätze wollte und konnte man so kurz nach der Schoa nicht sprechen.

Der Weg für die Verhandlungen zwischen der BRD und Israel sowie zwischen Bonn und der Claims Conference war somit gelegt. Ein Teilergebnis war die Verpflichtung der Bundesregierung zu einer Regelung von Individualentschädigung. Dieses auf deutscher Seite umstrittene Vorhaben setzte Adenauer 1956 in Form des Bundesentschädigungsgesetzes (BEG) nur mit den Stimmen der Opposition, vor allem der SPD, durch. Zunächst nur für aus Deutschland stammende Juden vorgesehen, wurde auf Intervention der Claims Conference eine Ausweitung des BEG auf den deutschen Sprach- und Kulturkreis und ebenso eine Einbeziehung der staatenlosen DPs (Displaced Persons) erreicht. Für jüdische NS-Verfolgte, die vor der Schoa keine deutschen Bürger waren, bedeutete das, ihre Zugehörigkeit zum deutschen Sprach- und Kulturkreis nachweisen zu müssen. War dies nicht möglich, mussten sie einen deutschen Sprachtest in einer Auslandsvertretung der BRD bestehen.

Trotz dieser wesentlichen Erweiterung blieben viele Überlebende aus West- und Osteuropa aus dem Berechtigtenkreis ausgeschlossen: Nach endgültigem Ablauf der Antragsfrist zum 31.12.1969 konnten keine Ansprüche mehr geltend gemacht werden. Für die Gruppe der sogenannten Westverfolgten versuchte die BRD über Globalabkommen mit den einzelnen westeuropäischen Staaten Entschädigungen für NS-Opfer bereitzustellen. Meistens jedoch erhielten die Überlebenden hieraus nur geringe, einmalige Beträge oder überhaupt nichts. Teilweise flossen die Mittel auch in die allgemeinen staatlichen Sozialsysteme und erfüllten damit nicht den Zweck, die NS-Opfer zu entschädigen. Andererseits verweigerte die Bundesrepublik vor dem Hintergrund des Kalten Krieges die Zahlung von Entschädigungsgeldern in den Ostblock. Eine sehr große Anzahl jüdischer NS-Verfolgter ist somit ohne jede materielle Anerkennung ihres Leids verstorben.

Diese Situation war für die Claims Conference nicht tolerierbar. Nach zähen Verhandlungen wurde 1980 eine Vereinbarung über eine Richtlinie der Bundesregierung zu Einmalzahlungen an jüdische NS-Verfolgte getroffen, die aus Osteuropa in die westliche Hemisphäre ausgewandert waren. Weiterhin ausgeschlossen waren Überlebende, die in Osteuropa lebten, aber auch die meisten Westverfolgten.

Liberalisierung der Zulassungskriterien

In das Ringen um die deutsche Wiedervereinigung brachte die JCC die Frage der unterbliebenen Entschädigung und Restitution durch die DDR ein. Sie forderte monatliche Rentenzahlungen für jene jüdische Schwerstverfolgte, die etwa aufgrund nicht erfüllter Wohnsitzvoraussetzungen von Entschädigungen nach dem BEG ausgeschlossen worden waren. Die Bundesregierung konzedierte schließlich einen neuen Fonds, aus dem jüdische Antragsteller, die bestimmte sogenannte Mindestverfolgungszeiten im KZ, im Ghetto, im Versteck, in der Illegalität nachweisen konnten, nun eine monatliche Rente erhielten. Verfolgte mit Wohnsitz in Osteuropa blieben davon weiterhin ausgeschlossen.

Marco Limberg
Betagte NS-Opfer wie die Auschwitz-Überlebende Eva Szepesi haben heute andere Bedürfnisse als in den ersten Jahrzehnten nach der Befreiung

Erst 1998 führten Verhandlungen durch die Claims Conference zu Rentenzahlungen an jüdische Schwerstverfolgte in Osteuropa. Bei gleichen Berechtigungskriterien betrug die Höhe der Rente allerdings nur 50 Prozent des im Westen gezahlten Betrags. Die Verfolgten aus Osteuropa, die der Ermordung, etwa durch SS-Einsatzgruppen, durch Flucht entkommen waren, wurden von dieser Erweiterung nicht erfasst.

Erst 2012 erfolgte auf Drängen der JCC die Angleichung des Entschädigungsniveaus in Ost und West. Die Bundesregierung stimmte 2013 Einmalzahlungen an diejenigen jüdischen NS-Verfolgte in Osteuropa zu, die vor der NS-Verfolgung geflüchtet waren. Fast 70 Jahre nach dem Holocaust konnten somit nahezu 100.000 jüdische NS-Verfolgte eine Einmalzahlung von 2.556 Euro erhalten.

Bis heute verhandelt die Claims Conference über Liberalisierungen der strikten Zulassungskriterien innerhalb ihrer Fonds. So wurden die berücksichtigten Mindesthaftzeiten in den Konzentrationslagern von 18 Monaten auf drei Monate reduziert. Das vergrößerte den Kreis der Entschädigungsberechtigten.

Heute sind nahezu alle großen Lücken im Entschädigungssystem geschlossen. Daneben rückt die von den jetzt hochbetagten und häufig kranken und bedürftigen Holocaust-Überlebenden dringend benötigte häusliche Betreuung zunehmend in den Fokus. Nahezu die Hälfte aller jüdischen NS-Opfer lebt heute unterhalb der Armutsgrenze. Viele konnten aufgrund der durch die NS-Verfolgung zerstörten Möglichkeiten einer guten Ausbildung mit entsprechender Berufsausübung wie auch wegen der verfolgungsbedingt fehlenden familiären Strukturen kein wirtschaftliches Auskommen finden. Mit Hilfe der Bundesregierung trägt die Conference on Jewish Material Claims Against Germany Sorge, dass diese Holocaust-Überlebenden zumindest ihren Lebensabend in Würde verbringen können und in ihrer Notsituation nicht im Stich gelassen werden – wie es vor über 70 Jahren geschah. Diese gemeinsame Mission ist noch nicht beendet. ■

Rüdiger Mahlo ist der Deutschland-Repräsentant der Claims Conference

Abschied vom alten Westen

Deutsch-amerikanische Beziehungen in der Ära Trump

Von Dieter Sattler

Vor knapp einem Jahr wurde Donald Trump zum amerikanischen Präsidenten gewählt. Seitdem ist das ganz große transatlantische Zerwürfnis zwar ausgeblieben, aber die Beziehungen zwischen den USA und Deutschland sowie Europa haben sich deutlich verschlechtert. Bundeskanzlerin Angela Merkel war es noch als etwas peinliche Arroganz des kleineren Partners ausgelegt worden, als sie ihre Gratulation zu Trumps Wahlsieg mit einer Mahnung verband. Sie erinnerte zunächst an die gemeinsamen demokratischen Werte wie Freiheit und Würde des Menschen, um dann leicht herablassend fortzufahren: „Auf der Basis dieser Werte biete ich dem künftigen Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, Donald Trump, eine enge Zusammenarbeit an.“

> “ **Europa hat nun allen Grund, sich aufzuraffen, selbstständiger und einheitlicher zu werden**

Unterdessen wurde Merkels Skepsis vielfältig durch Trumps Äußerungen und Handlungen bestätigt. So war es nur logisch, dass sie ein halbes Jahr später bei einer Münchener Bierzeltrede auf die USA bezogen feststellte: „Die Zeiten, in denen wir uns auf andere völlig verlassen konnten, die sind ein Stück vorbei. Wir Europäer müssen unser Schicksal wirklich in unsere eigene Hand nehmen.“

Zu dieser Schlussfolgerung hatte Merkel allen Grund. Sie hat im ersten Jahr mit Trump schlechte Erfahrungen gemacht. Diesem scheint das einstige transatlantische Wertegerüst, zu dem alle amerikanischen Präsidenten von Truman bis Obama und alle deutschen Bundeskanzler von Adenauer bis Merkel seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs fest standen, gleichgültig zu sein. Er arbeitet gewissermaßen nur noch auf eigene Rechnung. In seiner Antrittsrede als Präsident am 20. Januar glaubte Trump feststellen zu müssen: „Wir haben andere Länder bereichert, während der Reichtum, die Stärke und das Selbstbewusstsein unseres eigenen Landes sich über dem Horizont aufgelöst haben.“ Zukünftig werde es nur noch heißen „America First“. Nach dieser Devise geht Trump seitdem strikt vor. Er will nurmehr eine situative kompromisslose Interessenpolitik, die „Deals“ mit wechselnden Partnern schließt. Das bedeutet im Prinzip den Abschied vom alten Westen. Diese Auflösung der gemeinsamen Wertegemeinschaft ist noch nicht komplett vollzogen, aber Trump ist auf dem Weg dazu. Nato, Klimaschutz, Freihandel und Menschenrechte – auf diesen Feldern spürt Trump offenbar keinerlei Wunsch oder Verpflichtung, auf der Basis gemeinsamer Traditionen gemeinsame Lösungen mit den europäischen Partnern zu finden.

Schon während des Wahlkampfes hatte er die Nato als „obsolet“ bezeichnet, um das atlantische Verteidigungsbündnis ein paar Tage später dann wieder „super“ zu finden. So wie in diesem Fall schwächten er und sein Team besonders harsche Äußerungen gegenüber den Verbündeten mitunter ab, um kurz darauf wieder neue Zweifel zu säen. So deutete Trump an, dass er nur noch Nato-Verbündete schützen wolle, wenn sie mindestens, wie 2014 von den Staats- und Regierungschefs unter dem Eindruck der Ukraine-Krise tatsächlich vereinbart, zwei Prozent ihres Bruttosozialprodukts für die Rüstung investieren. Auch die Beistandsgarantie für die osteuropäischen Nato-Mitglieder und Ex-Sowjetstaaten gegenüber etwaigen Hegemonialansprüchen Russlands schien zeitweise zur Disposition zu stehen.

U.S. federal government Shealah D. Craighead / Wikimedia / Public Domain

Spiel über Bande

Diese und ähnliche Aussagen wurden von Europa auch deshalb mit großem Misstrauen beobachtet, da Trump bereits im Wahlkampf deutlich signalisiert hatte, an einem guten Verhältnis zu Russland interessiert zu sein und mit dessen Präsidenten Wladimir Putin über Bande zu spielen. Seit Trump Präsident ist, kommt es zwar immer wieder zu Konflikten mit Moskau, weil die unterschiedlichen Interessen beider Länder nicht durch ein paar Deals unter „tough guys“ wegzuzaubern sind.

Dennoch droht die Trennlinie zwischen Demokratien und autoritären Regimen, die der Westen immer klar gezogen hatte, in der Ära Trump zu verschwimmen. Das mag auch daran liegen, dass Trump das zuweilen zeitraubende demokratische Prozedere für umständliches Zeug hält, das starke Persönlichkeiten wie ihn (oder Putin) nur bremst.

Dazu passt, dass Trumps mangelnde Abgrenzung zu undemokratischen Kräften im Innereren in Europa, aber auch in den USA unlängst für große Irritationen sorgte: Es dauerte sehr lange und bedurfte offenbar vieler Überlegungen und Beratungen, bis Trump sich halbwegs deutlich vom rechtsradikalen Mob distanzierte, der im August in Charlottesville üble Szenen ausgelöst hatte. Am Rande wurde eine Gegendemonstrantin umgebracht. In seiner ersten Reaktion prangerte Trump lediglich allgemein Hass und Fanatismus auf „vielen Seiten“ an. Einige Tage später distanzierte Trump sich schließlich ausdrücklich von Rechtsextremen und kritisierte konkret Gruppen wie den Ku-Klux-Klan sowie Neonazis. Doch tags darauf twitterte Trump erneut von „guten und schlechten Menschen auf beiden Seiten“, obwohl die Gewalt eindeutig von den Rechtsradikalen ausgegangen war. Das Schema, nach dem auf eine Provokation eine Relativierung und dann die erneute Provokation folgt, ist klassischer Populismus.

Trumps Abschottungspolitik gegenüber Mexiko und dem Islam mit eindeutig rassistischen Untertönen und seine überzogenen Angriffe gegen Merkels Flüchtlingspolitik passen in dieses Bild. Erinnert man sich an Merkels stets klare Worte gegenüber rechtsradikalen Umtrieben in Deutschland wird deutlich, dass die Regierungschefs beider Partnerländer mental und politisch meilenweit voneinander entfernt sind. Das Thema, das die desillusionierte Äußerung Merkels im Mai auslöste, war die Klimapolitik. Beim G20-Gipfel hatte Trump kurz zuvor angekündigt, aus dem Pariser Umwelt-Abkommen auszusteigen. Die jahrzehntelangen Versuche, die USA ins Boot zu holen, was mit Obama endlich gelang, waren obsolet geworden. Gemäß seiner Parole „America First“ will Trump die heimischen fossilen Energiequellen verfeuern. Er und seine Klientel halten die Rede von menschengemachtem Klimawandel für linke Ideologie, alternative Energie für steuertreibenden Unfug.

Letztlich erfüllt Trump mit seiner Politik seine Wahlversprechen. Anstatt Präsident aller Amerikaner zu sein, schadet er den USA mit dieser strikten Orientierung an seiner Klientel. Mit der forcierten Polarisierung und wirtschaftlichen Abschottung gefährdet er den Zusammenhalt und den Wohlstand des Landes und setzt dessen Zukunft aufs Spiel. Natürlich gibt es bei Trump, so wie in der Russland-Politik, immer wieder Ansätze des Realismus, zu denen er durch Sachzwänge und vernünftige Kräfte in seiner Administration gezwungen wird. Außerdem wird er bei Projekten wie dem Einkassieren von Obamas Gesundheitsreform und bei seiner restriktiven Einwanderungspolitik immer wieder durch Gewaltenteilung, Föderalismus und teilweise auch die eigene Partei gehindert, zumindest gebremst. Aber Trumps Politik wird immer erratisch und unberechenbar bleiben.

Europa hat nun allen Grund, sich aufzuraffen, selbstständiger und einheitlicher zu werden. Denn in einem hat Trump recht, auch wenn er es stets auf brüske Art verkündet: Europa darf sich militärisch nicht wegducken und vollständig auf Amerika verlassen. ■

Dieter Sattler leitet das Ressort Politik der Frankfurter Neuen Presse

PLÄDOYER

Wir können uns den Brexit nicht leisten

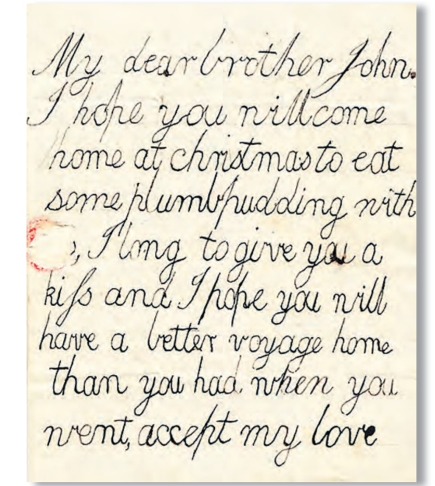
Briten und Europäer sind eng verflochten – der kurzsichtige Austrittsbeschluss sollte nicht das letzte Wort sein

John Lawrence emigrierte nach Deutschland

Von Christian Lawrence

Einen tiefen Blick in die britische Seele auf dem Höhepunkt des Empires liefert folgende Anekdote: Ein französischer Diplomat, um Höflichkeit bemüht, sagt zum damaligen Premierminister Lord Palmerston: „Wenn ich kein Franzose wäre, wünschte ich ein Engländer zu sein“. Daraufhin Palmerston, in großer Ruhe: „Wenn ich kein Engländer wäre, wünschte ich ein Engländer zu sein“. Diese Selbstgewissheit war sicherlich nicht nur in Großbritannien anzutreffen, erst recht im 19. Jahrhundert, dem Jahrhundert der Nationalstaaten. Aber in wohl kaum einem anderen Land Europas hat sie sich so unerschütterlich gehalten wie auf den Britischen Inseln, und dort nicht nur in den Eliten der Gesellschaft. Ein kleines, aber vielsagendes Symptom dafür ist der Kassenerfolg des Evakuierungsdramas *Dünkirchen*. Die Sichtweise der britischen Inseln als eines mythischen Rückzugsraums, eines sicheren Hafens vor drohender Verfolgung durch fremde Mächte, lebt offenbar noch heute. Und haben wir unsere britischen Nachbarn nicht genau deshalb immer ein wenig beneidet? Sahen wir nicht in dieser immer wieder aufblitzenden „Britishness“ eine viel elegantere Lösung des in jeder Gesellschaft unerlässlichen Prozesses der Selbstvergewisserung? Während in Großbritannien über Jahrzehnte mit einer Mischung von Selbstbewusstsein, Selbstironie und „Common Sense“ pragmatische Lösungen für den Zusammenhalt der Gesellschaft gefunden wurden, kann sich die von den Soziologen so genannte „in-group/out-group“ Spannung bei uns in Deutschland offenbar nur durch eine in regelmäßigen Abständen wiederkehrende, stets quälende Debatte zur „Leitkultur“ entladen. Meist ohne echten Erkenntnisfortschritt, aber stets mit einem spürbaren Vertrauensverlust der Bevölkerung in die Politik.

Die knappe Brexit-Entscheidung vom 26. Juni vergangenen Jahres, selbst wenn sie nicht mit der Konsequenz des „Hard Brexit“ durchgesetzt werden sollte, nimmt Europa dieses spezifisch britische Stück politischer Kultur. In einer durch



Der kleine Campbell vermisst seinen Bruder

außen- wie innenpolitischen Unsicherheiten gekennzeichneten Lage Europas können wir uns das nur schwer leisten. Ich spüre diesen drohenden Verlust auch persönlich, nicht nur weil meine Familie ihren Ursprung in Großbritannien hat, sondern weil sie durch den britisch-deutschen Konflikt in zwei Weltkriegen gekennzeichnet ist.

Mein Ur-Urgroßvater John Lawrence erblickte 1813 im Londoner Stadtteil Southwark das Licht der Welt, als sechstes von elf Geschwistern. Der Vater war Anstreicher, die wirtschaftlichen Verhältnisse waren, wie man heute sagen würde, prekär. Der mit der Familie befreundete jüdische Kaufmann Moses Nathanson vermittelte eine Lehrstelle bei seinem im mecklenburgischen Güstrow als Importeur englischer Waren ansässigen Sohn Isaac. Dorthin wanderte der 17-jährige John im Jahre 1830 aus. In späteren Jahren ließ er sich als Uhrmacher in Stettin nieder, damals Hauptstadt der preußischen Provinz Pommern, heute des polnischen Verwaltungsbezirks Westpommern. Erhaltene Briefe belegen, dass die Verbindung zur weitläufigen Familie in London intensiv gepflegt wurde. Dann trennten sich die Wege. Der Enkel des Auswanderers, ebenfalls mit dem Namen John, trat 1898 in Kiel in die kaiserliche Marine ein. Er verbrachte den 1. Weltkrieg als Offizier auf verschiedenen Großkampfschiffen. Dessen Sohn wiederum, mein Vater Peter (Jahrgang 1920), trat 1939 in die deutsche Kriegsmarine ein, und war als U-Boot-Kommandant im 2. Weltkrieg intensiv in Kampfhandlungen mit dem Hauptgegner, der britischen Royal Navy, verwickelt. Nach der Kapitulation 1945 in Norwegen verbrachte er zwei Jahre in englischen und schottischen Kriegsgefangenenlagern, bevor er nach Deutschland zurückkehrte und 1956 als einer der ersten Marineoffiziere in die neugegründete Bundesmarine eintrat. In den 90er Jahren beginnt sich der britisch-deutsche Familienkreis wieder zu schließen: Ich selber werde für ein deutsches Unternehmen nach London entsandt, mein Sohn John wird dort geboren, er trägt die deutsche wie die britische Staatsangehörigkeit. Kontakt zu der vermutlich sehr zahlreich in England lebenden Familie gibt es nicht mehr.

Parteiische Medien

Dieses eine von Millionen Beispielen zeigt, dass es eine über die Generationen vermittelte, unterbewusste, grenzüberschreitende kulturelle Prägung innerhalb Europas gibt. Man kann aus der gemeinsamen Geschichte ableiten, dass wir jegliche Schwächung der friedenserhaltenden Kraft Europas vermeiden müssen. Helmut Kohl wurde seinerzeit für seine Bemerkung, die Einigung Europas sei eine Entscheidung über Krieg und Frieden, ausgelacht. Das würde man heute wohl nicht mehr tun. Natürlich beschränkt das nicht die Entscheidung für oder wider die EU, ein solches Referendum gab es bereits 1975 schon einmal. Aber es geht um den Stil und die Sachlichkeit der Diskussion. Deshalb ist es auch fahrlässig, Europa zur kleinen Münze zu machen, wie wir es in Teilen der öffentlichen Diskussion in Großbritannien vor dem Referendum erlebt haben. Da

Peter Lawrence, der Vater des Autors

wurde vor aus dem Kontext gerissenen Trivialitäten nicht zurückgeschreckt, wie der angeblichen Regulierung des Krümmungsgrad von Gurken oder der Klassifizierung schottischen Whiskys als „entflammbare Flüssigkeit“, die verboten gehört – um nur einige Beispiele zu nennen. Wobei wir zur Rolle der Medien kommen, als nach wie vor maßgeblicher Erzeuger gemeinsamer politischer Vorstellungen in der Bevölkerung. Die britischen Massenmedien haben in überwältigender Weise die Agenda der Brexit-Befürworter unterstützt. Über Jahrzehnte wurden „Europa“ und „Brüssel“ als bürokratische Überinstanzen diffamiert, welche die kulturelle Identität Großbritanniens am liebsten beseitigen möchten. In den Echokammern der sozialen Medien wurden diese negativen Impulse massiv verstärkt, eine Dynamik, die auch bei populistischen Bewegungen anderswo entstand. Ungeachtet des selbstverständlichen Bekenntnisses zur Pressefreiheit gab es bisher auch in Großbritannien einen unausgesprochenen Konsens über die Rolle der Medien. Es war immer so, dass Medien Orientierung geben, die Chancen und Risiken von Veränderung aufzeigen und dann in einen, wenn nötig, auch sehr kritischen Dialog mit den jeweiligen Lösungsanbietern eintreten. Im UK haben viele Massenmedien aber diese Orientierung nicht gegeben. „Europa“ wurde klein- und schlechtgeredet. Das Ergebnis war eine Verunsicherung, ohne dass diese durch eine irgendwie geartete konstruktive Beschreibung des gesellschaftlichen Willens aufgefangen wurde. Der Brexit ist gekommen, weil es in England – und in Teilen Kontinentaleuropas – keine Vision für Europa gab, zu der man einen Beitrag leisten konnte. Die Menschen wollen aber, vereinfacht gesprochen, einen Beitrag zu einer besseren Welt leisten. Nach dem Referendum, als die Idee „Europa“ am Abgrund zu stehen schien, wurde diese Botschaft wieder gehört, zuerst in Frankreich. Das Ergebnis: Macron.

John Lawrences Enkel John diente in der kaiserlichen Marine

Großbritannien wirkt heute gefühlt „abgehängt“, und auf Jahre mit einer im Grunde unproduktiven Schadensbegrenzung beschäftigt. Längst berufen sich die Brexit-Befürworter nicht mehr auf die früher behaupteten wirtschaftlichen und politischen Vorteile, es heißt jetzt nur noch, die „vom Volk getroffenen Entscheidung“ müsse umgesetzt werden. Das Interesse Gesamt-Europas, einschließlich Großbritanniens, liegt aber doch darin, auf die vier wirklich wichtigen Herausforderungen, nämlich Globalisierung, Klimawandel, Terrorismus und Migration, Antworten zu finden. Spätestens seit der Austrittserklärung nach Artikel 50 des EU-Vertrags im Frühjahr sind von der britischen Regierung hierzu keine Impulse mehr spürbar. Wie ginge das auch, ist das Land doch mit seiner gesamten politischen Kapazität damit beschäftigt, sich auch nur einen Überblick über die zahllosen Folgeprobleme des Brexit zu verschaffen – ohne bisher die Kraft gefunden zu haben, ein insgesamt stimmiges Zukunftsbild zu entwerfen. In Brüssel erwartet man dringend die britischen Verhandlungspositionen, die es nicht gibt, weil London sich nicht zwischen den sich gegenseitig ausschließenden Forderungen nach einer Beschränkung der Zuwanderung und des möglichst ungestörten Zugangs zum europäischen Binnenmarkt entscheiden kann – um nur ein Beispiel zu nennen.

Mehr und mehr Stimmen fordern ein zweites Referendum im Frühjahr 2019, wenn die Rahmenbedingungen des Austritts klarer erkennbar sind. Wie genau die Lösung aussehen wird, weiß heute keiner. Aber es sollte alles getan werden, um britische politische Werte, britische Wirtschaftsprinzipien und britischen Pragmatismus in Europa zu halten. Die europäische Vergangenheit, ihre Zukunft und ganz konkret die gegenwärtigen Rahmenbedingungen um uns herum rufen danach.

Christian Lawrence (5)
John, Sohn des Autors

In der Geschichte ist wie im Leben nichts entschieden, ehe es vollzogen ist. Vielleicht gibt es doch noch einen Rückzug aus dem Brexit, der allen schaden würde – wir und unsere Regierungen sollten uns darum bemühen. ■

Christian Lawrence ist Partner der strategischen Kommunikationsberatung Brunswick Group. Die in dem Artikel genannten Positionen spiegeln die private Meinung des Autors wider

Unverdrossen: Deutsche Heimat

Die Chronik der Familie Fürst aus Hannover

Von Frank Bernbeck

Helmut Fürst und seiner Familie war von den Nationalsozialisten alles genommen worden. 1942 hatten sie seine Eltern Max und Elise in Riga ermordet, wohin er zuvor selbst von Hannover aus deportiert worden war. Haus und Vermögen der Familie war von den Nazis beschlagnahmt worden. Als aber Helmut Fürst das zurückwollte, was ihm und seinem Bruder Heinz zustand, zeigten sich die deutschen Stellen recht hartleibig. Kein Wunder: Derselbe Dr. Goebel, der einst für die Oberfinanzdirektion Hannover die Beschlagnahmung durchgeführt hatte, blieb auch nach der Nazi-Zeit im Amt. Denn der willige Vollstrecker war kein Parteimitglied gewesen. Er hatte aber offenbar kein Interesse daran, die einst von ihm verfügte Enteignung für irregulär zu erklären. Auf die nachdrückliche Forderung Helmut Fürsts, ihm und seinem Bruder das in der Zeit der Verfolgung ohnehin geschrumpfte Vermögen endlich zurückzugeben, entgegnete Goebel am 8. März 1951 kalt: „Die genannten Beträge sind der Reichshauptkasse in Berlin zugeflossen. Sie haben infolge Vermischung mit anderen Geldern des Reiches die Identität verloren.“

Privat
Michael und Werner Fürst in der Synagoge Hannover

Wir wissen nicht, ob die Wortwahl des furchtbaren Juristen bewusst oder unbewusst zynisch war, doch immerhin bestätigte das Wiedergutmachungsamt beim Landgericht Hannover im Dezember 1952 die Forderung von Helmut Fürst.

Dieses Unrecht, diese Barbarei darf nicht vergessen werden. Deshalb ist es lohnenswert, die Chronik der Familie Fürst zu lesen, die die Historikerin Renate Riebe jetzt im Auftrag der Region Hannover vorgelegt hat. Darin wird das Schicksal von drei Generationen der Familie Fürst beschrieben: Ausgehend von Falk (1837–1918) und Florentine Fürst (1848–1924), die im mittelhessischen Frankenberg lebten, ihren sieben Kindern und der Enkel-Generation, zu der der im Mittelpunkt der Chronik stehende Helmut gehört. Alle Fürsts wurden von den Nazis verfolgt. Viele kamen ums Leben, anderen gelang es, den Häschern ins Ausland zu entfliehen.

Es ist bemerkenswert, dass Helmut Fürst trotz allem, was ihm und seiner Familie angetan wurde, Deutschland weiter als sein Zuhause gesehen hat. Statt zu verbittern, was nur allzu verständlich gewesen wäre, half er beim Wiederaufbau und trug als Gründungsmitglied der Jüdischen Gemeinde in Hannover zur Wiederaufnahme jüdischen Lebens in Deutschland bei. Denn Deutschland war seine Heimat.

Am 12. November 2008 sagte Fürst in einer Rede vor dem niedersächsischen Landtag, er habe „1945 fest daran geglaubt, dass in Deutschland eine demokratische Grundordnung Fuß fassen wird, die den wenigen überlebenden Juden eine feste Basis für ihr weiteres Leben bieten wird. Dieser Glaube hat mich nicht betrogen. “

Fast folgerichtig, dass Fürsts Sohn Michael, der den Anwaltsberuf ergriff, der erste Bundeswehrsoldat jüdischen Glaubens wurde. An den jüngeren Sohn Werner übergab Helmut Fürst im Alter nach einem Herzinfarkt die erfolgreiche Immobilienfirma, die er aufgebaut hatte. Der Senior starb 2012 friedlich nach einigen Jahren im jüdischen Altenheim in Hannover. Seinen Söhnen hatte er lange nichts von der Zeit der Deportation erzählen können. Dazu brachten ihn erst die beharrlichen Nachfragen seiner Enkeltöchter Annika und Nicola.

Die Fürsts waren und bleiben deutsche Juden. Aber die Vergangenheit hat sie gelehrt, die Anfänge der Unmenschlichkeit zu erkennen und gemeinsam mit anderen für die Freiheit zu kämpfen. ■

Renate Riebe: Die Fürsts – Geschichte einer deutsch-jüdischen Familie. *Wehrhahn Verlag, 148 Seiten, Print € 10. Pdf unter www.hannover.de*

BRIGITTE ZYPRIES

Klare Worte zur Volkswirtschaft und Lage der SPD

Ungeschminkte Analyse von Politik und Gesellschaft

Was waren in Ihren Augen die entscheidenden Ursachen für die erheblichen Stimmenverluste der SPD?

Beide großen Parteien der Großen Koalition haben trotz erfolgreicher Regierungsjahre schmerzliche Verluste erlitten und Stimmen auch an die AfD verloren. Mit der SPD sind leider viele erfolgreich realisierte Projekte, wie Mindestlohn oder Rente nach 45 Beitragsjahren, nicht nach Hause gegangen. Daraus müssen wir Lehren ziehen. Im neuen Bundestag müssen jetzt alle demokratischen Parteien mit klarer Sachpolitik entschlossen daran arbeiten, die Wählerinnen und Wähler zurückzugewinnen und die Probleme der Menschen anzupacken. Das entzieht der AfD den Nährboden.

Franz Müntefering nannte Opposition Mist. Die SPD hat sich nun dennoch dafür entschieden. Was kann die Partei wirtschaftspolitisch in der Opposition bewirken?

Wir haben gute Köpfe und klare Positionen und werden auch in der Opposition eine starke Stimme für die Demokratie in unserem Lande sein. Deutschland braucht sozialdemokratische Politik, damit alle an Wachstum und Wohlstand teilhaben können. Mehr Investitionen in Bildung, Schulen und digitale Infrastruktur sind nur einige der notwendigen Maßnahmen. Dafür werden wir auch in der Opposition kämpfen.

Wird die Präsenz der AfD im Bundestag Deutschlands Wirtschaft im Ausland schaden?"

Das hoffe ich nicht. Wir haben eine starke und robuste Wirtschaft, die hochwertige Produkte anbietet, die international zu Recht sehr anerkannt sind.

Die Agenda 2010 war objektiv die erfolgreichste Wirtschaftsreform der letzten Jahrzehnte. Doch statt diese Reform für sich zu reklamieren, distanziert sich die SPD davon...

Richtig ist, dass Gerhard Schröder es war, der als Kanzler den letzten mutigen Modernisierungsschritt in Deutschland gewagt hat. Danach war Kleinmut. Die SPD diskutiert offen über die Agenda. Es ist normal, dass es in einer großen Volkspartei unterschiedliche Meinungen gibt und ich finde eine offene Diskussion auch richtig und wichtig. Einige in der SPD sagen, die Agenda 2010 war richtig und wir stehen dazu, der andere Flügel sagt: sie war ein Fehler und wir müssen das ändern.

JVG (2)

Die SPD ist als Märtyrerpartei, etwa 1933, als sie als einzige gegen Hitlers Ermächtigungsgesetz stimmte, unübertroffen – warum tut sie sich im politischen Alltag so schwer?

Die SPD ist seit mehr als 150 Jahren die Partei des sozialen Fortschritts im Interesse der breiten Mehrheit der Menschen in Deutschland. Ich finde nicht, dass wir uns im politischen Alltag schwer tun. Wir haben in den vergangenen vier Jahren in der Bundesregierung mit unseren Ministerinnen und Ministern sehr gute Arbeit geleistet. Und die wesentlichen Themen, die in der zurückliegenden Legislaturperiode durchgesetzt wurden, kommen von uns. Ich denke hier nur an den Mindestlohn, die Rente nach 45 Beitragsjahren und auch – in meinem Bereich – an wichtige Zukunftsthemen wie die Verbesserung der Finanzierung von Startups oder die Unterstützung von kleinen und mittleren Unternehmen bei den Herausforderungen der Digitalisierung.

Ihr Parteigenosse, Münchens Ex-Oberbürgermeister Christian Ude, mahnt die Partei, vor Ort Politik zu machen, dann werde die SPD auch gewählt.

Das ist richtig. In fast allen Großstädten, auch in CDU-Ländern, regiert die SPD, ebenso in den Stadtstaaten. Wir machen Vor-Ort-Politik, trotzdem ist das Bild, das vermittelt wird, nicht so, wie es sein sollte. Eines ist aber klar: Wir Sozialdemokraten haben in der letzten Legislaturperiode die Regierungspolitik maßgeblich bestimmt und dafür gesorgt, dass es heute vielen in unserem Land besser geht.

NRW galt als typisches SPD-Land. Dort hat man die Macht verloren...

Keiner negiert, dass hier Fehler gemacht wurden. Der Wahlkampf war dominiert von den Themen Innere Sicherheit und Schulpolitik. Letztere ist allerdings von den Grünen verantwortet worden, das Ergebnis aber ist mit der SPD nach Hause gegangen.

Die SPD begann als Arbeiterpartei. Heute wählt die Mehrheit der Arbeiter andere Parteien.

Die klassische Wählerbindung an eine Partei ist mittlerweile aufgehoben, Wechselwähler gibt es viel häufiger. Deshalb müssen wir uns auf inhaltliche Forderungen und Auseinandersetzungen konzentrieren. Wir haben die richtigen Themen benannt und diese müssen wir auch weiterhin voranbringen – Bildung, mehr Investitionen in Bildung, Digitalisierung, Steuerreform, bessere Bezahlung der Pflegekräfte.

Die SPD wirbt für mehr Gerechtigkeit – aber das tut eigentlich jede Partei.

Gerechtigkeit heißt Chancengerechtigkeit, Leistungsgerechtigkeit und soziale Gerechtigkeit. Das ist sozialdemokratische Politik. Andere Parteien haben zumeist nur das eine oder das andere im Blick, wenn sie von Gerechtigkeit sprechen. Wir haben deutlich gemacht, warum wir mehr Gerechtigkeit in Deutschland brauchen und hier auch für alle Bereiche Konzepte vorgelegt. Jede und jeder kann nachlesen, was wir genau für die einzelnen Politikbereiche wollen.

> “ **Wir werben darum, dass junge Israelis nach Deutschland kommen**

Deutschland boomt. Konventionelle Technologie, Fahrzeug- und Maschinenbau... Bei der Datenverarbeitung aber fehlen, von SAP abgesehen, deutsche Leadunternehmen.

Nun, wir haben durchaus einige Unternehmen, die bei Datenverarbeitung und Software Lösungen sehr erfolgreich sind, zum Beispiel neben SAP die Software AG aus meinem Wahlkreis Darmstadt. Aber Sie haben Recht, in den USA sind die digitalen Plattformen erfolgreich und strukturbestimmend. Für uns liegen große Zukunftschancen im „Internet der Dinge", also der Welt der digital vernetzten Maschinen. In diesem Bereich sind unsere Unternehmen im internationalen Vergleich hervorragend aufgestellt. Industrie 4.0 ist eine deutsche Worterfindung und diese Vokabel kennt man heute in China und in den USA. Gerade in den USA sind Maschinen und Anlagen ‚Made in Germany' sehr begehrt.

In Israel betragen die Mittel für Forschung und Entwicklung 4,1% des BIP, in Deutschland 2,9%.

Die SPD hat sich die ganze Legislaturperiode für eine steuerliche Forschungsförderung stark gemacht. Aber Herr Schäuble und Frau Merkel haben das blockiert. Wir halten das auch weiterhin für eine zentrale Forderung. Wir müssen mehr investieren in Forschung und Entwicklung. Wir müssen auch steuerliche Anreize für Private setzen, gerade auch im Mittelstand.

Wie ist es um die wirtschaftliche Kooperation mit Israel bestellt? Was können wir voneinander lernen?

Wir sind der wichtigste Handelspartner Israels in der Europäischen Union. Besonders eng ist die Kooperation im Hightech-Bereich. Wir pflegen eine intensive Zusammenarbeit mit israelischen Startups und wir werben darum, dass junge Israelis nach Deutschland kommen. Hierfür haben wir auch unser Gründerprogramm EXIST geöffnet. Israel ist das einzige Land, mit dem wir das derzeit machen. Wir bieten auch einen leichteren Zugang zu Fördermöglichkeiten in Deutschland. So unterstützen wir im Rahmen unseres Zentralen Innovationsprogramms Mittelstand zum Beispiel Forschungsprojekte, die israelische und deutsche Unternehmen gemeinsam umsetzen. Hierfür haben wir auf deutscher Seite die beteiligten deutschen Unternehmen und Forschungseinrichtungen mit 5,6 Millionen Euro gefördert.

Sie waren Justizministerin. Wir haben scharfe anti-antisemitische Gesetzte. Doch wie gewinnen wir den Verstand und Herzen vor allem von jungen Menschen, gerade auch unter Zuwanderern aus islamischen Ländern, die mit Judenhass groß geworden sind?

Die Gesetzeslage ist das eine. Antisemitische Äußerungen oder die Nutzung derartiger Kennzeichen sind bei uns unter Strafe gestellt. Aber wir müssen uns natürlich immer wieder aufs Neue für eine tolerante und offene Gesellschaft einsetzen, in der Menschen einander anerkennen, gleich, welche Glaubensrichtung sie haben. Das gilt auch nicht nur für Glaubensrichtungen, sondern für alle Formen der Diskriminierung – des Alters, des Geschlechts, der Behinderung, der Herkunft, der Diskriminierung von Frauen. Hier müssen wir in den Schulen für mehr und bessere Bildung sorgen. Die Ängste, die hinter Ausgrenzung und Diskriminierung stehen, kann man nur durch Bildung überwinden.

Kein Kind wird als Antisemit geboren. Neben der Schule kommt es auch auf das Elternhaus an.

Als Staat haben wir nur über die Schulen Zugang zu den Jugendlichen und deswegen muss eine solche Erziehung in der Schule erfolgen. Zum Beispiel durch Rollenspiele, Diskussionsrunden. So lernt man einander besser kennen und folglich akzeptieren. Wir sehen das auch bei der Flüchtlingsdebatte. Natürlich gibt es hier Menschen, die von Überfremdung reden und Flüchtlinge ablehnen. Aber es gibt zum Glück auch sehr viele, die aktiv helfen und die Flüchtlinge unterstützen.

Sie haben sich nicht mehr um ein Bundestagsmandat beworben. Warum Sie als eine der profiliertesten Politikerinnen?

Ich habe für mich entschieden, dass es langt. Ich werde aber ein politischer Mensch bleiben und mich engagieren – unter anderem bin ich Präsidentin der Deutsch-Israelischen Juristenvereinigung und werde mich dort auch weiter engagieren. ■

Brigitte Zypries sprach mit dem Herausgeber der Jewish Voice Rafael Seligmann in Berlin

Freihandel in Zeiten des Populismus

Wie Linke und Nationalisten den Wohlstand bedrohen

Von Siegfried Guterman

Marx ist 150 Jahre nach dem Erscheinen des *Kapitals* offenbar so aktuell wie in Zeiten des ungezügelten Kapitalismus. Und die vor genau 200 Jahren entwickelte Idee des Freihandels – wichtiger Vorläufer der marxistischen Theorie – wird von rechts wie links machtvoll attackiert. David Ricardo hatte mit seinem Werk *The Principles of Political Economy and Taxation* im Jahr 1817 versucht, eine neue theoretische Grundlage für den freien Warenaustausch zu legen. Sie markierte die Abkehr vom Protektionismus absolutistischer Kaiser, Könige und Fürsten. An die Stelle eines „Unser Land zuerst" trat die nüchterne Analyse komparativer Kostenvorteile. Heute aber feiert der populistische Isolationismus fröhliche Urstände.

Das erste tatsächliche wechselseitige Freihandelsabkommen wurde 1353 zwischen England und Portugal geschlossen. Das Grundprinzip solcher Abkommen lässt sich einfach beschreiben: Als Freihandel wird ein internationaler Handel angesehen, der nicht durch Handelshemmnisse wie Zölle und außenhandelsrelevante Regularien oder Import-Kontingente eingeschränkt ist. Die Idee des Freihandels basiert auf der theoretisch begründeten Erwartung, wonach der freie Handel der Wohlfahrt eines Landes mehr dient als Protektionismus. Aber auch die Gegenbewegung des Protektionismus hat ihre Logik. Als erster hat sie wohl der englische König Edward III. formuliert, als er seine Untertanen im 14. Jahrhundert aufforderte, nur englisches Tuch zu tragen. Der in England aufgrund der Zölle so teure französische Wein brachte den schottischen Ökonomen Adam Smith schließlich dazu, über den zollfreien Austausch von Waren nachzudenken. Seine Theorie der absoluten Kostenvorteile wurde schließlich durch David Ricardos Ansatz komparativer Kostenvorteile erweitert. Über internationale Freihandelsabkommen wie das GATT-Abkommen von 1947 und die Welthandelsorganisation (WTO), die seit 1995 aktiv ist, wurde der Freihandel institutionalisiert und auf Dienstleistungs- und Kapitalverkehr ausgeweitet.

www.pixabay.com (cc0) Public Domain

Mit den Globalisierungskrisen des frühen 21. Jahrhunderts wurde allerdings immer deutlicher, dass der Freihandel auch erhebliche Downside-Risiken hat. Der Freihandel ist für kleine und schwächer entwickelte Ökonomien, etwa für die Dritte Welt, riskanter als für große, hoch entwickelte Volkswirtschaften. Die Kritik am Freihandel bekam mit Organisationen wie Attac Stimme und Gesicht. Dabei wird kurzerhand die klassische Außenhandelstheorie als irrelevant bezeichnet und an ihre Stelle eine „strategische Außenhandelstheorie" gesetzt, die Vorteile der protektionistischen Politik – etwa im Bereich der Pharmaindustrie – herausstellt. Auch in Deutschland haben protektionistische Ideen Einzug in die Parteiprogramme der „Linken" und der rechtsextremen AfD gehalten. Sie spielen aber in einem Land, das sich rühmt, Exportweltmeister zu sein, und das tatsächlich großer Gewinner des Freihandels ist, keine maßgebliche Rolle.

Nationale Überhöhung

Ganz anders in den USA. Mit Donald Trump sind dort Isolationismus, Protektionismus und nationale Überhöhung Geschäftsgrundlage der Politik geworden. Trump hat begonnen, Handelsverträge neu zu verhandeln und notfalls aufzukündigen. Er hat allen möglichen Ländern und Unternehmen mit Zollerhöhungen gedroht. Sein ökonomischer Lieblingsfeind ist China. Das Land manipuliere seine Währung und stehle amerikanische Jobs, sagt Trump. Es ist eines seiner zentralen Versprechen, dies zu ändern. Ganz oben auf der Agenda der protektionistischen Shitlist steht auch Mexiko und mit diesem das nordamerikanische Freihandelsabkommen Nafta. Auch Deutschland besetzt eine der Top-Positionen im Trumpschen Kampf gegen „unfaire" Handelspraktiken. Es kümmert ihn offenbar wenig, dass seine Kritik etwa an den deutschen Automobilunternehmen wohl am ehesten BMW als größten Autoexporteur der USA trifft.

Abschottungspolitik und massive Ausgabenprogramme sind zwei Seiten einer Medaille. Trump will Mauern und Autobahnen bauen, er will in die marode Infrastruktur der Vereinigten Staaten massiv investieren. Das findet Unterstützung nicht nur bei der äußersten Rechten, sondern auch bei Linken und Gewerkschaften. Finanzielle Grundlage für all diese Pläne ist ein Instrument aus dem klassischen Arsenal der Handelskriege: eine gigantische Steuersenkung. Nach Berechnungen des unabhängigen Tax Policy Center würde bis zum Jahr 2025 mehr als die Hälfte der Entlastungen dem obersten Prozent der Einkommensbezieher zugutekommen. Im Gegenzug würde sich die amerikanische Staatsverschuldung in den kommenden zehn Jahren um 7 000 Milliarden Dollar erhöhen – das entspricht etwa 25 Prozent der jährlichen Wirtschaftsleistung.

Dass die wirtschaftliche Abschottung der USA ein Verlustgeschäft für alle Beteiligten ist, zeigt eine im September 2017 veröffentlichte Studie des Münchner Ifo-Institutes. Danach würden im Falle eines Importzolls von 20 Prozent auf alle Importe der USA im Gegenzug die amerikanischen Exporte in die meisten Länder um 40 bis 50 Prozent zurückgehen. Die angekündigte Schuldenpolitik und der Protektionismus der USA stoßen in der EU auf heftige Kritik. In einem internen Papier des Wirtschafts- und Finanzausschusses der EU wird vor den großen Risiken der Trumponomics für die Weltwirtschaft gewarnt. Am Ende könnte es zu einem globalen Handelskrieg wie in den 30er Jahren des letzten Jahrhunderts kommen, zu einer weltweiten Rezession. Trumps „Buy American" würden dann in einem „Bye, Bye America" enden, einer Entwicklung, an der in den westliche Industrieländern niemand Interesse haben kann. ■

Mehr Nachhaltigkeit wagen

Von Jens Spudy

Spudy Family Office

Immer stärker rücken ESG-Kriterien heute in den Fokus der Anleger. Das Vorurteil, Nachhaltigkeit würde sich negativ auf die Rendite auswirken, ist inzwischen klar widerlegt. Dass nachhaltige Investments meist sogar deutlich besser abschneiden als klassische, hat der renommierte Hamburger Wirtschaftswissenschaftler Alexander Bassen kürzlich in einer Meta-Analyse von 2.250 wissenschaftlichen Arbeiten zu den Auswirkungen von „Environment, Social, Governance" sehr eindrucksvoll gezeigt. Danach gehen vor allem bei Immobilien, Anleihen und Aktien Rendite und ESG-Kriterien in den allermeisten Fällen Hand in Hand.

Dafür sind in meinen Augen mehrere Faktoren ausschlaggebend: Nachhaltige Anlagen weisen auf lange Sicht eine geringere Volatilität auf, da Risiken für Mensch und Umwelt vermieden werden. Die Investitionen unterstützen eine zukunftssichere Ausrichtung der Unternehmen und geben starke Anreize, sich positiv zu verändern. Und die in der Regel langfristige Ausrichtung der ESG-Strategien führen zu den langfristigen Erfolgen, auf die unsere Mandanten Wert legen. Der oft praktizierte reine Ausschluss problematischer Branchen wie Rüstungsgüter, fossile Energien oder GMO ist dabei aus meiner Sicht zu kurz gegriffen, ebenso wie Best-in- oder Best-of-Class-Ansätze.

Viel interessanter ist auf lange Sicht das Impact Investing, mit dem Anleger selbst Einfluss nehmen können. Dieser Bereich wurde bei uns bisher vor allem von Stiftungen nachgefragt, die satzungsgemäß dem Allgemeinwohl verpflichtet sind und zugunsten dieses Einflusses eher moderate Renditen akzeptieren. Zunehmend legen aber auch private Anleger, vor allem die jüngere Generation, viel Wert darauf, mit ihrem Vermögen Positives zu bewirken. Die Unterstützung eines unabhängigen Family Offices ist dabei sehr sinnvoll, denn Anlageformen und Unternehmen unter ESG-Gesichtspunkten zu bewerten, ist sehr komplex und eine Aufgabe für Spezialisten. Eine scheinbar einfache Möglichkeit, ESG-Kriterien und Rendite unter einen Hut zu bekommen, sind Publikumsfonds, die den Fokus auf Nachhaltigkeit gelegt haben. Doch gerade bei diesen Portfolios ist laut Bassen die Korrelation zwischen ESG-Kriterien und Rendite nicht so eindeutig. Hier sollten Anleger auf den tatsächlichen Mehrwert achten und sich nicht vom Marketing blenden lassen. ■

Jens Spudy ist geschäftsführender Gesellschafter von Spudy Family Office GmbH

JEWISH VOICE FROM GERMANY
In Zusammenarbeit mit der WELT

HERAUSGEBER V.i.S.d.P.
Dr. Rafael Seligmann

DESIGN
Lukas Kircher

CHEFREDAKTION
Hartmut Bomhoff, Dr. Elisabeth Neu

CHEF VOM DIENST
Paul Siebel

LAYOUT
Michal Blum

REDAKTION
Sabine Dultz, Siegfried Guterman (Wirtschaft), Dr. Susanne Mauss († 2014), Dr. Tong-Jin Smith, Laura Stelter

AUTOREN
Michael S. Cullen, Ulrich Reitz, Prof. Michael Rutz, Dr. Hubert-Ralph Schmitt

ANZEIGEN
jvg@berlin.de

KONTAKT
SVoice from Germany GmbH
Postfach 311310 D-10643 Berlin
Telefon: 030 – 857 26 888
E-Mail: jvg@berlin.de

www.jewish-voice-from-germany.de

ÖKONOMISCHE WANDERBEWEGUNG

Landflucht – ein europäisches Phänomen

Förderung des Mittelstandes als Anreiz für den ländlichen Raum

cc0 Public Domain www.pxhere.com

Von Hubert-Ralph Schmitt

Allenthalben in Europa hat eine Landflucht eingesetzt. Nach dem Ende ihrer Schulausbildung zieht es die jungen Menschen vom Lande in die Stadt, um dort ihr Glück und ihre Zukunft zu finden. Das ist überall in Europa so und Deutschland bildet hier keine Ausnahme. Ist das Leben in der Provinz wirklich so grausam? Oder ist vielmehr ein rein wirtschaftliches Phänomen ausschlaggebend?

Richtig ist, dass einige Landstriche unter einer echten Landflucht leiden. Dies gilt für Süditalien, aber auch für Mecklenburg-Vorpommern. Die Gründe sind im Kern gleich – in diesen Landstrichen sind für junge Leute keine wirtschaftlichen Perspektiven gegeben. Die Arbeitslosigkeit ist entsprechend hoch und diejenigen, die einen letzten Rest an Mobilität aufbringen, suchen sich in entfernten Regionen und Gebieten eben einen Job. Dies ist und bleibt das Recht der Jugend. Dies war in jeder Generation so und wird auch zukünftig in jeder Generation so sein.

> “ **Mikroregionen mit wirtschaftlicher Prosperität aufleben lassen**

Egal, ob man dieses Phänomen auf der Makroebene, also Süd/Nord, oder auf der Mikroebene, also Mecklenburg-Vorpommern/Westen, betrachtet – die Ursache ist gleich. Es sind in der Regel nicht die Abenteurer, welche ihre Heimat verlassen, sondern eben junge Menschen, die ökonomisch eine sichere Existenz suchen. Es sind also ausschließlich wirtschaftliche Gründe, die dazu führen, dass man Heimat, Sprache, Kultur und Scholle verlässt. Die Wenigsten gehen ohne Tränen in den Augen und Wehmut im Herzen.

Die Regionen sind ökonomisch so unterschiedlich zwischen Nord und Süd und Ost und West aufgestellt, dass wir in Europa in der Zukunft weitere Wanderbewegungen erleben werden. Vielleicht ist dies nur der Anfang von größeren Bewegungen.

Hidden Champions

Solche Bewegungen verlaufen nicht ohne Gewinner und Verlierer. Gewinner sind die Zentren, Verlierer sind die ländlich strukturierten Gegenden. Zurückgelassen werden im wahrsten Sinne des Wortes die Alten und Schwachen. Dies hat eine Verarmung dieser Landstriche zur Folge.

Neben der schrumpfenden Bevölkerung verflüchtigt sich auch die Infrastruktur der ländlichen Gebiete. Dies beginnt bei der gesundheitlichen Versorgung, dem Schließen von Krankenhäusern und Arztpraxen, dem Schließen von Schulen, und endet in schlechter Technisierung in Sachen Telekommunikation. Es scheint glasklar: Das Land ist anscheinend der große Verlierer.

Aber nichts bleibt wie es ist. Interessant ist eine klassische Gegenbewegung. Auch diese hat wiederum einen ausschließlich ökonomischen Grund. Das Leben in den Zentren ist und wird noch mehr unbezahlbar für normal verdienende Menschen. Wohnraum, heute ein Luxusgut, könnte morgen durch größere Knappheit unerschwinglich werden. Fest steht, dass die Preise für Wohnraum auch in Zukunft in den Ballungszentren steigen werden. Wenn nun auch bei Doppeleinkommen Wohnraum nicht mehr erschwinglich ist, wird auch in der Zukunft eine gesetzlich normierte Bremse nicht helfen. Aber da alles im Fluss ist, hat die sogenannte menschenleere Fläche in der Ebene wieder eine neue Chance.

Deutschland ist hier ein Paradebeispiel. Die mittelständisch geprägten Gebiete weisen heute, gerade in der mittelständisch privaten Industrie, eine große Anzahl von tollen Arbeitgebern und Hidden Champions auf. Länder wie Baden-Württemberg, Bayern, aber auch Hessen und Rheinland-Pfalz, das Sauerland und andere Gebiete verfügen über eine hervorragende mittelständische Struktur und entsprechende Arbeitsplätze.

Diese sind in der Regel auf dem Land verortet und nicht in der Stadt. Sie sind nicht konzern-, sondern unternehmergebunden. Solche Unternehmen haben ihre Mikroregion mit wirtschaftlicher Prosperität aufleben lassen und Menschen auf dem Land eine herausragende Chance geboten. In diesen ländlichen Gegenden kann man nicht wirklich von Landflucht reden.

Bei aller Ideologie werden immer nur die finanziellen Verhältnisse dazu führen, dass Bewegungen zwischen Stadt und Land, zwischen Nord und Süd, zwischen Ost und West stattfinden. Die Politik hat hier nur eine Aufgabe: Sie muss mittelständischen Unternehmen und Unternehmern ein Gerüst bieten, dass diese entsprechend prosperieren können. Hierzu gehört nicht nur eine mittelstandsfördernde Steuerpolitik in Sachen Einkommen und Erbschaft, hierzu gehört auch ein Rahmenbedingungswerk, dass ländliche Gebiete auch lebenswert sind.

Freie Lebensform

Die Bewegungen haben somit auch etwas Positives. Die Bewegung, dass Menschen dort hingehen, wo sie eine ökonomische Basis für ihr Leben finden, regt zur Einheit von Regionen an und trägt zu Europa bei. Denn immer dann, wenn die Menschen dort hingehen dürfen und können, wo es Arbeit und damit eine wirtschaftliche Grundlage ihres Lebens gibt, treffen sie sich, sie lernen voneinander und miteinander umzugehen. Das ist ein wichtiger Punkt der europäischen Lebensform.

Wir Europäer können stolz sein, dass dies heute im Bereich „Schengen" möglich ist, und sollten sämtliche Tendenzen, die nach Brexit aussehen, im Kern möglichst schnell verhindern. ■

Hubert-Ralph Schmitt ist Mitglied des Vorstandes und Inhaber der Bank Schilling

ZUKUNFT

Der größte Wandel unseres Lebens

Digitalisierung braucht vor allem eines: gute Kommunikation

Von Anna Schwan

Wir schreiben das Jahr 2030. Hamburg hat sein Gesicht verändert: aus ehemaligen Containerflächen im Hafengelände sind Überflutungswiesen geworden, nachdem diese nicht länger für den Warenumschlag benötigt wurden. Denn nach der Entscheidung des Leipziger Bundesverwaltungsgerichts gegen erneute Elbvertiefungen ist der ehemalige Motor der Hamburger Wirtschaft im wahrsten Sinne des Wortes: versandet. Stattdessen ist die Stadt ein beliebter Zielort für Kreuzfahrtschiffe geworden, deren Passagiere dafür sorgen, dass der lokale Einzelhandel nach einer mehrjährigen Durststrecke wieder gute Umsätze macht. In der alten Speicherstadt haben sich Makers niedergelassen, verarbeitende Industrie 2.0, die mit 3-D-Druck und Robotern angelieferte Elektrobestandteile in individualisierte Smart Home- und Smart Industry-Geräte verwandelt. Die Busse des ÖPNV fahren schon seit Jahren emissionsfrei und maschinengesteuert, private Autos werden schrittweise nachgerüstet.

Disruptives Querdenken

Die Stadt hat über zwei Millionen Einwohner und dank des bedingungslosen Grundeinkommens, das testweise eingeführt wurde, einen hohen Zufriedenheitsindex. Die Hansestadt gilt als einer der attraktivsten Orte Europas, denn sie hat sich als Real Smart City einen Namen gemacht: als Stadt, die digitale und soziale Weiterentwicklung in Einklang bringt. Das führte zu einer deutlich positiven Wirtschaftsbilanz, bestärkt durch den Zuzug der neuen Wirtschaftsgiganten: digitaler Innovationstreiber aus den USA, China und Afrika. Sie bringen internationale Talente mit, die in Hamburg arbeiten und leben. Zuzug ist insgesamt ein großes Thema für die Stadt und sorgt alleinig für den Bevölkerungszuwachs. Der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund ist in Folge dessen von ehemals 30 Prozent auf 45 Prozent gestiegen.

Diese Utopie einer gar nicht fernen Zukunft zeigt den rasanten Wandel, der vor uns liegt. Die Digitalisierung erfasst jeden Bereich unserer Wirtschaft. Sie verändert unsere Umwelt und uns selbst. Die Gestaltung der Zukunft unserer Wirtschaft und unseres Zusammenlebens ist das wichtigste politische und gesellschaftliche Moment der nächsten Jahre. Nicht weniger als ein zukunftsbejahendes, sozialverträgliches und innovationsfreudiges Klima gilt es zu schaffen, in dem sich Progressive wie Traditionalisten mit ihren Werten wiederfinden können. Die Politik ist gefordert, in Infrastruktur, Bildung und Forschung zu investieren und Freiräume zu ermöglichen, in denen disruptives Querdenken und eine Kultur des Zusammenarbeitens möglich werden. Sie muss Ängste nehmen und einen gemeinsamen Weg in die Zukunft zeigen. Dies ist die dringlichste wie schwierigste Aufgabe, die vor uns liegt. Sie entscheidet, ob wir diese neue industrielle Revolution meistern. Ansonsten werden die Kritiker des Wandels die Oberhand erhalten. Was dann passiert, haben wir im letzten Jahr an den Wahlen in den USA und der Brexit-Abstimmung schmerzlich erfahren.

Marcus Horstbrink / Flickr / 8465496923_33bcd3452e_o / Attribution-ShareAlike 2.0 Generic (CC BY-SA 2.0) / https://creativecommons.org/licenses/by-sa/2.0/

Diese Aufgabe ist jedoch nicht nur politisch. Sie ist ebenso eine Aufgabe der Kommunikation. Es muss im kollektiven Bewusstsein ankommen, dass die digitale Transformation unabdingbar ist. Und dass sie für jeden von uns Chancen bietet, die unser Leben lebenswerter machen. In den Medien wird von der Digitalisierung bislang in technischen Dimensionen gesprochen – von Kühlschränken mit Internetanschluss, selbstfahrenden Autos, Hackern und Datenschutzproblemen. Visionen für die Verbesserung des Zusammenlebens fehlen, die Begriffe Innovation und Zukunftsfähigkeit stehen als Phrasen im Raum. Sie müssen durch die richtige Kommunikation inhaltlich aufgeladen werden, sowohl durch wirtschaftliche, soziale, wissenschaftliche und politische Vordenker, als auch durch die Bevölkerung selbst, die ihre eigenen Zukunftsideen einbringt und weiterentwickelt sieht.

Öffentliche und private Initiativen

„Die Zukunft ist menschlich" – das muss die Kernaussage einer gesamtgesellschaftlichen Kommunikationskampagne für die digitale Transformation sein. Hieraus werden Botschaften und Themen generiert, die in den Zielgruppen für hohe Aufmerksamkeit sorgen. Die ganze Klaviatur moderner Kommunikation kann hierzu bespielt werden: von Formaten der Bürgerbeteiligung auf Dialogplattformen und in den sozialen Netzwerken über Townhall Meetings, Ausstellungen digitaler Mutmacher-Projekte, Rankings, Innovationswettbewerbe, Zukunftswochen und klassischen PR- und Werbekampagnen. Je enger öffentliche und private Initiativen hier zusammenarbeiten, je breiter die Bevölkerung eingebunden ist, desto mehr sehen wir, wie wir selbst unsere gemeinsame Zukunft gestalten werden. So können wir uns als Innovationstreiber einer menschlichen, positiven Zukunft positionieren.

Dream Big! – das sollten wir uns wünschen, denn die Zeiten, in denen wir leben, bieten so viele Möglichkeiten wie lange nicht. Möglichkeiten, die wir ergreifen sollten. Denn das Zukunftsszenario Hamburg 2030 mag weit hergeholt klingen, tatsächlich ist es aber nur noch 12 Jahre entfernt. Alle dort beschriebenen Innovationen werden sogar schon heute umgesetzt – in Städten mit Zukunftsvisionen und guter Kommunikation. ■

Anna Schwan ist Inhaberin von Schwan Communications, der „Agentur für Inhalte im digitalen und realen Raum" in Hamburg

FEIERTAGE

Die Zeit unserer Freude

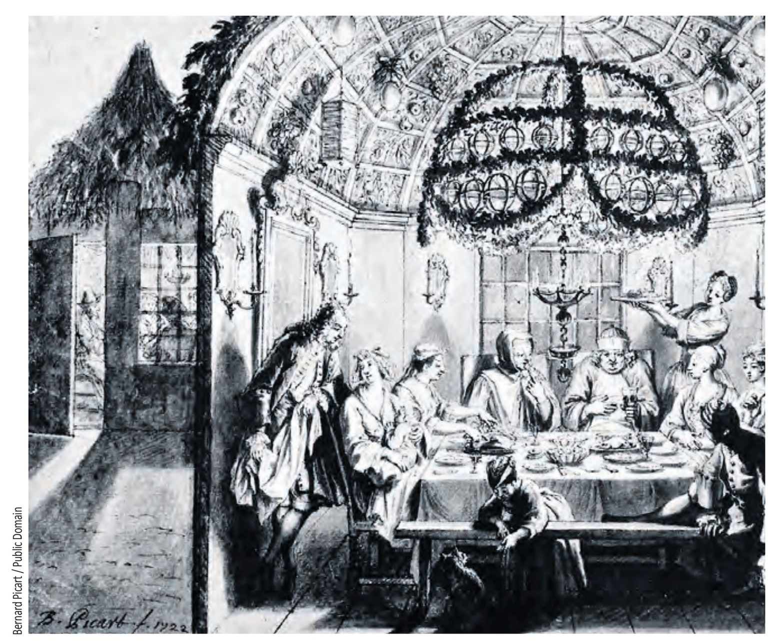
Das Laubhüttenfest: Symbol für die Einheit des Judentums

Von Rabbiner Walter Homolka

Und nehmet euch Frucht des Baumes Hadars, Palmzweige und Zweige vom Baume Awot und Bachweiden, und freuet euch vor dem Ewigen, eurem Gotte, sieben Tage (Lev 23,40)

Sukkot, das einwöchige Laubhüttenfest, ist wie Pessach und Schawuot eines der drei in der Tora genannten Wallfahrtsfeste. Im gregorianischen Kalender fällt es dieses Jahr auf die Woche vom 4. bis 11. Oktober. Ursprünglich ein Erntedankfest, erhielt die „Zeit unserer Freude" (hebr. *seman simchatenu*) nach dem Babylonischen Exil zusätzliche Bedeutung: die Laubhütten (*sukkot*), in der die Bauern und Winzer einst während der Erntezeit unterkamen, symbolisieren auch die provisorischen Wohnstätten während der 40 Jahre dauernden Wüstenwanderung des Volkes Israel auf seinem Weg von Ägypten ins Gelobte Land.

„In Hütten sollt Ihr wohnen sieben Tage", heißt es im Buch Levitikus. Das wird von Juden in aller Welt bis heute wörtlich genommen: Wesentlich für Sukkot ist der Bau von Laubhütten im Hof, im Garten oder auch auf dem Balkon, um darin während der acht Tage zu essen und der Tradition nach auch zu nächtigen, in Israel ebenso wie etwa in Berlin oder anderswo in der jüdischen Diaspora. Sie können ganz unterschiedliche Formen und Größen haben. Entscheidend aber ist: Eine Laubhütte hat kein festes Dach. Sie soll unter freiem Himmel stehen, aus pflanzlichem Material errichtet werden und so abgedeckt werden, dass mehr Schatten als Licht im Raum ist, nachts aber noch die Sterne zu sehen sind. Der Innenraum wird gerne mit Girlanden, Bildern und Früchten aus dem Land Israel dekoriert. Der berühmte polnische Rabbiner Chaim Halberstam beanstandete aber schon im 19. Jahrhundert den übermäßigen Aufwand, den viele jüdische Familien im damaligen Galizien dabei trieben, und mahnte: „Welch schöneren Schmuck kann es geben, als denjenigen Wohltaten zu erweisen, die selbst keine Mittel haben, sich an der Jahreszeit der Freude zu beteiligen?"



Bernard Picart / Public Domain

Bernard Picart: Festmahl in der Laubhütte, Amsterdam 1722

Ein zweites Symbol von Sukkot ist der Lulaw, der Feststrauß, der aus den im Buch Levitikus genannten „vier Arten" gebunden wird. Genau genommen ist mit Lulaw lediglich ein Palmwedel gemeint, der hier als Symbol für das Ganze steht. Im hebräischen Bibeltext ist nur von „schönen Bäumen" (*etze hadar*) und „Zweigen von Laubbäumen" (*anaf etze awot*) die Rede. Die Weisen haben dies später als die Zitrusfrucht Etrog und als Myrte interpretiert und damit die vier Arten festgelegt. Der Etrog, der auch als Paradiesapfel bezeichnet wird und einen aromatischen Duft verströmt, ist in Mitteleuropa kaum zu finden; er wächst im Mittelmeerraum, unter anderem in Kalabrien, und makellose Exemplare sind entsprechend teuer. Das Auswählen des schönsten Etrog gehört zu den Geboten des Festes.

Die vier Arten

Zusammen mit zwei Bachweidenzweigen und dem besagten Palmwedel soll jeder Jude zu Sukkot drei Myrtenzweige in der rechten Hand halten und den entsprechenden Segensspruch sagen. Der Etrog wird dabei in der linken Hand gehalten und ans Herz gedrückt. Beim Hallel-Gebet, das aus den Psalmen 113 bis 118 besteht, schwingt man den Lulaw in alle Richtungen: jeweils dreimal nach Osten, Norden, Westen und Süden, dann zum Himmel und zum Boden: ein Hinweis darauf, dass die Bauern einst im Herbst Gott, der ja überall ist, so um Regen anflehten.

Der jüdischen Tradition nach steht eine jede der vier Arten, die zusammen den Feststrauß ausmachen, für einen bestimmten Menschentyp. So heißt es in der rabbinischen Auslegung: „Wie eine Zitrusfrucht sowohl Geschmack hat als auch einen lieblichen Geruch, so gibt es im Volk Israel Menschen, die sowohl gelehrt sind als auch ihren Glauben leben. Wie die Früchte eines Palmzweigs zwar Geschmack haben, aber geruchlos sind, so gibt es im Volk Israel Menschen, die zwar gelehrt sind, aber ihren Glauben nicht leben. Wie Myrtenzweige zwar einen lieblichen Geruch haben, aber ungenießbar sind, so gibt es Menschen, die gute Werke tun, aber keinerlei Gelehrsamkeit besitzen. Wie Weidenzweige weder essbar sind noch einen angenehmen Geruch verbreiten, so gibt es Menschen, die weder gelehrt sind noch gute Werke tun. Gott sagt: ‚Damit Israel nicht untergeht, lasst sie alle zusammengebunden sein, wie die Pflanzen zu einem Bund zusammengebunden sind, so dass die Gerechten unter ihnen für die anderen Sühne bewirken.'" ■

JÜDISCHES ERBE

Großvater Motiks Tonband

Kantorin Sveta Kundish bringt ihre Familiengeschichte auf die Bühne

Von Hartmut Bomhoff

Für mich schließt sich ein Kreis", befindet Sveta Kundish. Die junge Sopranistin tritt bereits mit einem vielseitigen Repertoire jüdischer Musik in ganz Europa auf. „So wie einst mein Urgroßvater stehe heute auch ich vor dem Tora-Schrein von Synagogen und leite Gottesdienste. Und so wie meine Großeltern singe ich jiddische Lieder." Kundish, die aus der Ukraine stammt und als Kind mit ihrer Familie nach Israel auswanderte, hat diesen Sommer ihre Ausbildung am Kantorenprogramm des Potsdamer Abraham Geiger Kollegs beendet; zu ihren Abschlüssen an der Tel Aviv University und dem Prayner Konservatorium in Wien kommt bald auch ein B.A. in Jüdischer Theologie dazu. Kürzlich hat sie ihr Talent und ihre musikalischen Fähigkeiten einmal mehr in Konzerten in Berlin, Erfurt und Weimar bewiesen; das Programm „Die zwei Gesichter des Kantors", das Synagogalmusik und jiddische Lieder umfasst, wurde vom Publikum mit großen Applaus aufgenommen. Nun bereitet sich Sveta Kundish auf einen anderen Auftritt vor, der ihr ganz besonders am Herzen liegt: am 15. Oktober eröffnet sie mit „Motiks Tonband – Die Geschichte einer Familie" die 21. Jüdische Musik- und Theaterwoche Dresden.

„Mein ganzes heutiges Leben beruht auf Wurzeln, die zurück ins Schtetl von Owrutsch reichen, einer kleinen ukrainischen Stadt nahe der Grenze zu Weißrussland", erklärt Kundish. Nach dem Zerfall der Sowjetunion wanderten in den 1990er Jahren Hunderttausende jüdischer Familien aus der früheren UdSSR nach Israel, nach Deutschland und nach Nordamerika aus. Ihre Familie war Teil dieser großen Auswanderungswelle. Sie verließ die Ukraine und ging 1995 nach Israel. Jahrzehnte später entdeckten ihre Eltern eine Sammlung von alten Tonbändern mit Aufnahmen, die Svetas Großvater Morduk Bezman (1919–1995) in den 1970er und 1980er Jahren gemacht hatte: Aufnahmen, die vierzig Jahre überdauert hatten und die den Alltag, die Lieder und die Geschichten ihrer Familie im Schtetl Owrutsch wiedergeben – ein einzigartiges Dokument des jüdischen Lebens, das dort nun fast vollständig verschwunden ist. Die Geschichte von Owrutsch reicht über tausend Jahre zurück. 1629 wurde hier eine Synagoge errichtet, was darauf schließen lässt, dass in der Stadt bereits im frühen 17. Jahrhundert eine größere jüdische Gemeinde bestand. Im späten 19. Jahrhundert zählte Owrutsch sechs Synagogen und etwa 4.000 jüdische Einwohner – mehr als vierzig Prozent der örtlichen Bevölkerung.

Svetlana Kundish

Unterdrückung und Krieg

„Mein Urgroßvater Shimon Hershmann, der von 1897 bis 1970 lebte, war zunächst als Kantor tätig und weithin bekannt für seine außergewöhnlich schöne Stimme", erzählt Kundish. „In Folge der Oktober-Revolution wurden den Juden zwar gleiche Rechte zuerkannt, doch die Pflege der jüdischen Religion und jüdischer Bräuche wurde nun verboten." In der Zwischenkriegszeit wurde auch die jüdische Gemeinschaft von Owrutsch von den Sowjets, die die Ukraine 1921 besetzt hatten, schikaniert. „Deswegen konnte Shimon nicht länger als Kantor amtieren. 1922 wurde seine Tochter Pessia Hershmann geboren, meine Großmutter. Sie hatte die große musikalische Begabung ihres Vaters geerbt. Motik, wie mein Großvater Morduk Bezman im Familien- und Freundeskreis genannt wurde, hatte ebenfalls viel musikalisches Talent und wollte unbedingt Sänger werden. Wegen der schwierigen Verhältnisse damals konnte er sich seinen Traum nicht erfüllen, doch er hat immer viel und gerne gesungen. Am 21. Juni 1941 haben Pessia und Motik geheiratet. Am nächsten Tag fiel die deutsche Wehrmacht in die Sowjetunion ein. Mein Großvater wurde umgehend eingezogen und an die Front versetzt. Nach fünf langen und schweren Jahren kehrte er in seine Heimatstadt zurück, nach Owrutsch."

Der Großteil der Owrutscher Juden war zu Kriegsbeginn ins Innere Russlands geflüchtet oder hatte die Stadt im Zuge der Mobilmachung verlassen. Die verbleibenden 86 jüdischen Einwohner wurden nach der Ankunft der deutschen Armee ermordet und in einem Massengrab bestattet, das sich nicht weit vom Gelände des Ghettos befindet, in dem 1.500 Juden aus umliegenden Orten vor ihrer Ermordung eingepfercht wurden.

Ende der 1970er Jahre kaufte sich Motik Bezman einen Rekorder. Und damit beginnt die Geschichte einer einmaligen Tonaufnahme, die heute im Besitz seiner Enkelin ist. „Opa Motik hat alle Familienmitglieder mitgeschnitten. Es gibt mehr als zwei Stunden Aufnahmen, auf denen die ganze Familie auf Jiddisch und Russisch singt, Geschichten vorliest und erzählt. Dieser Familienschatz wurde viele Jahre nach dem Tod meines Opas wiederendeckt. Unter allen Aufnahmen, die ich gefunden habe, hat mich besonders das Lied ‚Tsvey Shvester' beeindruckt, weil ich durch diesen Mitschnitt erfuhr, dass meine Oma Pessia eine hervorragende Volkssängerin war. Jiddische Volkslieder und Balladen waren ihre Leidenschaft, ganz so wie meine heute."

Von diesem Fund inspiriert, erzählen Sveta Kundish und der Komponist und Akkordeonist Patrick Farrell gemeinsam die Geschichte ihrer Familie: vom Urgroßvater angefangen bis hin zu Svetas heutigem Leben in Deutschland als Musikerin und Kantorin. Verwoben mit dieser Geschichte sind jiddische, hebräische, russische, ukrainische und deutsche Lieder, die das Duo live vorträgt oder die mit Hilfe der wiedergefundenen Tonbandaufnahmen vergegenwärtigt werden. Familienfotos aus den letzten hundert Jahren, auf eine Leinwand projiziert, vermitteln dem Publikum einen Einblick in das jüdische Leben sowohl in der Ukraine in den Jahren der Sowjetunion als auch in der postsowjetischen Emigration. „Ich habe Patrick Farrell 2012 auf dem Gelsenkirchener Klezmerwelten-Musikfestival kennen gelernt. Seitdem arbeiten wir zusammen und treten auch immer wieder als Duo auf. Das Programm ‚Motiks Tonband' haben wir gemeinsam geschrieben", berichtet Kundish.

Manuel Miethe

„Keiner von uns ist in Owrutsch geblieben. Ab und zu reisen unsere Familienmitglieder dorthin zurück, um den Friedhof aufzusuchen oder an einem Klassentreffen teilzunehmen." Etwa 1.000 Juden sind nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion aus der Stadt ausgewandert. Heute dient ein kleines Bethaus in der Leninstraße den noch gut 35 Mitgliedern der Jüdischen Gemeinde als Ort für ihre Zusammenkünfte. „Meine große Familie, die über verschiedene Länder verstreut lebt, ist sehr berührt, dass Motiks Tonbandaufnahmen heute auf der Bühne erklingen. Viele Verwandte, deren Stimmen mein Opa aufgenommen hatte, sind nicht mehr am Leben, und meine Eltern weinen und lachen jedes Mal, wenn sie den Video-Film unseres Konzerts anschauen. Mutter meint, dass die Großeltern Patrick Farrell und mir auf der Bühne als Künstler zur Seite stehen. Großvater Motik träumte davon, ein Sänger zu werden, und jetzt bin ich es, die diesen Traum lebt." ■

Die 21. Jüdische Musik- und Theaterwoche Dresden hat das Thema „WOSTOK GOES WEST – Postsowjetisches Judentum". Weitere Informationen unter www.juedische-woche-dresden.de

Bundesministerium
für Ernährung
und Landwirtschaft

Grüße zum jüdischen Neujahrsfest

Zu Rosch Haschana grüße ich Sie herzlich und wünsche Ihnen und allen Mitgliedern der jüdischen Gemeinden ein gesegnetes, glückliches, friedliches und gesundes neues Jahr 5778.

Ich möchte das neue Jahr zum Anlass nehmen, die deutsch-israelische Freundschaft weiter zu vertiefen – in der Außen- und Sicherheitspolitik genauso wie in der Agrarpolitik. Das Existenzrecht Israels gehört zur deutschen Staatsräson. Dafür stehe ich in meiner politischen Arbeit ein, auch in der neuen Wahlperiode des Deutschen Bundestages.

Besonders hoffnungsvoll stimmt mich, dass zunehmend junge Israelis in Deutschland leben und arbeiten. Sie sind kreativ und bereichern das geistige, künstlerische Leben sehr. Das erfüllt mich – gerade angesichts unserer gemeinsamen Geschichte – mit Freude und Dankbarkeit.

Es ist gleichwohl besorgniserregend, dass antisemitische Vorurteile zunehmend offener geäußert werden, gerade solche, die sich auf den Staat Israel beziehen. Das darf uns nicht ruhen lassen, weder auf nationaler noch auf internationaler Ebene. Darum treten wir jeder Form von Antisemitismus mit aller Entschlossenheit entgegen. Dazu braucht es die tatkräftige Unterstützung der Betroffenen ebenso wie verstärkte Bildungs- und Aufklärungsarbeit in Schulen sowie in der Erwachsenenbildung. Wir alle in Deutschland haben die Verantwortung, unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger jüdischen Glaubens zu schützen. Sie müssen ihre Religion frei und ohne Angst ausüben können. Das ist ein zentrales Leitprinzip meines politischen Handelns.

Shalom und Mazel Tov!

Christian Schmidt MdB
Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft

JEREMY ISSACHAROFF

Israels Menschenfischer in Berlin

Seit Ende August amtiert Jeremy Issacharoff als Botschafter Israels in Deutschland. Was ist die gegenwärtige Funktion eines Botschafters im Zeitalter der Kommunikation in Echtzeit? Heute treffen sich die Regierungschefs und Außenminister teilweise im Tagesrhythmus in New York, Washington, Berlin, Jerusalem, Moskau. Es gibt regelmäßige deutsch-israelische Konsultationen. Und wenn sich der Premier und die Kanzlerin einige Tage nicht sehen, greifen sie zum Telefon und tauschen sich aus. Unterdessen bringen sie oder ihre Helfer per Twitter, Facebook, etc. ihre Standpunkte in Umlauf.

Wozu also geschulte und gut bezahlte Diplomaten über das Erdenrund platzieren? Ehedem stellte sich diese Frage nicht. Da vertraten Avi Primor oder Shimon Stein die Interessen Zions in Deutschland. Die Herren waren präsent. Nicht nur in der „direkten" Politik. Avi Primor hatte ein Vertrauensverhältnis zu Bundeskanzler Helmut Kohl aufgebaut. Wenn strittige Fragen anstanden, dann beriet sich Kohl zunächst mit „seinem Israeli" Primor. Man verstand sich, selbst bei unterschiedlichen Standpunkten. Ähnlich vertrauensvoll war das Verhältnis von Shimon Stein zu Kanzlerin Merkel und ihrem Stab. Stein und Primor waren auch in den Medien präsent. Im Radio, in Talkshows und Presse warben sie um Verständnis für die einzige Demokratie in der Region. Das kam an.

Boaz Arad / Botschaft des Staates Israel

Zuletzt aber hielten sich Zions Botschafter von den deutschen Medien fern. So wurden gute Gelegenheiten verspielt, Israels Position zu erklären. Das wird sich nun ändern. Denn der gebürtige Brite Issacharoff ist nicht nur ein exzellenter Diplomat. Seine Spezialgebiete sind Abrüstung und Strategie. Er leitete diese Abteilungen im Außenministerium.

Doch Issacharoffs größtes Plus ist sein Wesen. Der freundliche 62-jährige ist ein geborener Menschenfischer. Er geht auf seine Gegenüber zu, um sie vom Standpunkt Jerusalems zu überzeugen. Wenn man sich mal nicht sehen will, wird Issacharoff die Zerstrittenen zusammenbringen. *jvg* ■

Deutsch Meschugge in München

Keine Stadt eignet sich besser als München, um hier Rafael Seligmanns Polit-Roman *Deutsch Meschugge* zu präsentieren. In München hat sich Adolf Hitler im 20. Jahrhundert zum Politverbrecher entwickelt. Hier fand er unter kleinen Leuten seine Anhänger und wurde vom Großbürgertum gefördert. Hier säten die Nazis ihren mörderischen Hass.

Christian Ude, der langjährige Oberbürgermeister der bayerischen Metropole, kennt die Geschichte. Daher stellte er *Deutsch Meschugge* in der Israelitischen Kultusgemeinde einem breiten Publikum vor. Ude sprach Klartext:

„Deutsch Meschugge – soll das jetzt heißen, dass uns ein jüdischer Autor für verrückt erklären will? Ein bisschen schon, denn wir spielen ja auch verrückt, vor allem in der Politik. Aber es ist, wie immer bei dem Querdenker Rafael Seligmann, der nirgendwo geistig-träge Behaglichkeit aufkommen lassen will, viel komplizierter. Ja, in Deutschland kann er sich atemberaubende Fehlentwicklungen schon in wenigen Jahren vorstellen, aber nein, hier wird kein vertrautes Klischee auf die Spitze getrieben. Schlimmer noch: Der autoritäre Typ, der es an die Spitze einer rechtspopulistischen Protestpartei und Dank verblüffender Partner und Helfer sogar ins Kanzleramt schafft, kommt keineswegs aus der Bankenwelt. Paul Levite ist vielmehr Jude. Eine verkrachte Existenz. Ein kleiner Zeitschriftenvertreter. Zudem sieht er sich vor allem in den eigenen Kreisen mit Antisemitismus konfrontiert. Nicht nur er, auch alle anderen Akteure tun, was sich gerade für sie absolut nicht gehört – so unersättlich ist der Hunger nach Macht und so irrelevant der politische Inhalt. Wenn Rafi etwas beschmutzen will, dann gleich alle seine Nester: das deutsche, das jüdische und das politische – sprich: den politischen Betrieb, den er als politischer Publizist so schrecklich durchschaut und brillant beschreibt.

Christian Ude und Rafael Seligmann

Sharon Bruck

Sagen Sie bitte nicht, hier sei ihm die Fantasie durchgegangen und so etwas könne doch nie geschehen. Das haben Sie doch vor der Wahl von Donald Trump und vor dem Referendum für den Brexit auch schon gesagt. Also: Lesen. Und mithelfen, dass das durchaus Denkbare nicht geschieht!" Es folgte eine meschuggene Diskussion. *jvg* ■